

09 **Erziehung** 2013 **und Wissenschaft**

www.gew-lsa.de

I. September 2013

K 6549

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft *Sachsen-Anhalt*



Aktuell:

Landes-Tarifverträge
Arbeitszeiterhöhung
Schulleiter

Titelthema:

Bundestagswahl
• GEW-Positionen
• Haushaltspolitik
• Bildungsland
• Demo-Aufruf

Hochschule + Lehrerbildung:

Wissenschaftsrats-Empfehlung
Vorbereitungsdienst

Tarif + Recht:

Altersteilzeit
Mindestlohn in Weiterbildung

Wir haben die Wahl:

„Sichere Arbeit“, „Teilen macht Spaß“, „Schluss mit Schulden“, „Mensch vor Bank“, „Für ein Alter ohne Armut“, ...
Die Botschaften zur Bundestagswahl versprechen wie immer viel. Und für jeden ist irgendwas dabei.

„Für uns alle“ fordern dagegen die Gewerkschaften „Gute Arbeit. Sichere Rente. Soziales Europa. Aktiver Staat.“

Wir haben eine Wahl.





Prof. Dr. Hans-Dieter Klein, Gewerkschaftssekretär der GEW Sachsen-Anhalt und verantwortlicher Redakteur der EuW

Kommentiert: Richtige Wahl

Zehn Jahre nach den ersten freien Wahlen in der DDR stand an dem nun längst abgerissenen Tunnel, der zum Halleschen Hauptbahnhof führte, der Spruch: „Wenn Wahlen etwas ändern würden, wären sie verboten!“. Bis in die letzten Augustwochen konnte man den Eindruck gewinnen, dass sich die großen etablierten Parteien dieses Spruchs umgewandelt angenommen hätten: „Damit sich nichts ändert, verschweigen wir, dass es Wahlen gibt!“

Dann schienen sie sich aber zu besinnen, dass doch jemand mitbekommen könnte, dass der 22. September Wahltag ist. Während meines Rügen-Urlaubs hätte ich Frau Merkel in Binz sehen können, Herr Steinbrück hielt eine Wahlkampfrede getarnt als Konferenzbeitrag in der Halleschen Händelhalle. Frau Lembke bestieg eine Windkraftmühle und die LINKE „bedrohte“ das eben eingeschlaferte Volk mit dem Wort „Revolution“. Außerdem wollte sie wohl darauf hinweisen, dass man immer das Kleingedruckte lesen müsse, wenn man am Ende nicht reinfallen will. Auf eben das Kleingedruckte verzichteten die großen Parteien gleich. Wohl weil hohle Phrasen nicht erklärt werden müssen ...

Nun rückt der Wahltermin immer näher und man darf wohl annehmen, dass die Wahlschlachten wenn nicht schärfer so doch zumindest häufiger werden. Ändern wird sich wohl aber nicht, dass die Parteien, die eine Hartz-Reform erfanden, dem Beitritt zum Afghanistan-Krieg betrieben oder zuletzt bei der Sanierung marodierender Banken unsere Steuergelder aus den Fenstern warfen, sich nicht wirklich weh tun können. Sie können natürlich immer gegenseitig Schuldzuweisung betreiben, für prekäre Arbeitsverhältnisse, Altersarmut, Schuldenkrisen sowie Bildungs- und Kulturabbau, werden aber immer gefragt werden, warum sie in Regierungsverantwortung genau diese Politik betrieben haben.

Nun ist aber nicht zu verkennen, dass einige „Weiter so“ sagen und andere „So geht es vielleicht doch nicht weiter“. Ob die Wählerinnen und Wähler diesen Unterschied erkennen? Die Umfragewerte deuten darauf hin, dass wenig Vertrauen in Wahlversprechen besteht.

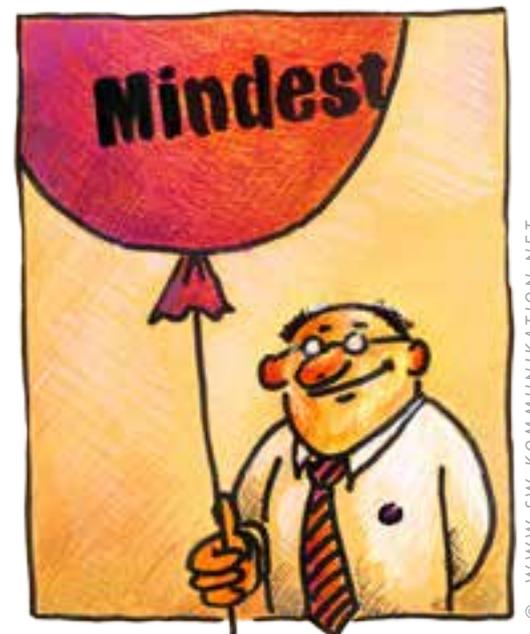
Kürzlich sagte ein Bekannter zu mir: „Wenn die den Millionären mal wirklich anständige Steuern abverlangen würden, würde ich auch wieder zur Wahl gehen.“ Da muss er also noch mindestens vier Jahre warten, denn eine neue Steuerpolitik ist nach Lage der Dinge mit dieser Konsequenz wohl (noch) nicht auf der Tagesordnung. Auf mein Argument, dass er vielleicht erst mal überhaupt zur Wahl gehen sollte, um eine neue, gerechtere Steuerpolitik zu befördern, reagierte er mit Abwinken. Er erwartet – zu Recht oder Unrecht – Vorleistungen, bevor er wieder an die Wirkung von Wahlen glaubt.

Die Gewerkschaften haben wohl aus ähnlichen Erfahrungen heraus keine Wahlempfehlungen abgegeben. Aber sie haben den Parteien ihre Forderungen präsentiert. Sie werden auch in der hoffentlich heißen Phase des Wahlkampfes nochmals diese Forderungen in Aktionen unterstreichen: Alle haben ein Recht auf gute Arbeit! Alle verdienen einen sicheren Ruhestand, in einem sozialen Europa, das nicht die Banken, sondern die Menschen rettet! Dazu brauchen auch die Beschäftigten einen handlungsfähigen, ausfinanzierten Staat. Und das geht nur mit Steuern aus den richtigen Quellen. Deshalb ist das verlogenste Wahlversprechen das der FDP, nämlich dass es mit ihr keine Steuerhöhungen geben werde. Verschwiegen wird, dass sie weiter das Geld den Reichen auf Kosten der Armen und des Mittelstandes in den Rachen werfen will.

Für die GEW und ihre Mitglieder sollten als Organisation und ganz individuell als Wählerinnen und Wähler Mindestlöhne, Steuergerechtigkeit, Tarifautonomie und gerechte Bezahlung, Bildungschancen für alle und ein ausfinanziertes Bildungs- und Wissenschaftssystem Wahlprüfsteine sein. Und übrigens: Selbst wenn wir die richtige Wahl getroffen haben, sie wird uns nicht von der Verantwortung entbinden, jeden Tag unsere Interessen selbst durchzusetzen.

Inhalt

Aktuell	
Kommentiert: Richtige Wahl	2
Tarifauseinandersetzung um Entgeltordnung: GEW wird Verhandlungsablehnung nicht hinnehmen	3
Arbeitszeiterhöhung für Lehrerinnen und Lehrer: Was sagen unsere Abgeordneten dazu?	4
„L-EGO“-Tarifvertrag: Eingruppierung von Grundschullehrkräften	6
Die Meinung: Schulleiter im Sommerloch	6
Titel-Thema: Bundestagswahl	
Wahl zum Bundestag: Für Sozialstaat, Bildung und Wissenschaft!	7
EuW-Gespräch vor der Bundestagswahl: Das politische Schicksal Sachsen-Anhalts entscheidet sich auch in Berlin	8
DGB-Kampagne zur Bundestagswahl: Positionspapier zur Haushaltskürzungspolitik	11
DGB-Kampagne zur Bundestagswahl: Bildungsland Sachsen-Anhalt	14
Hochschule + Forschung	
Hochschulentwicklung in Sachsen-Anhalt: Der Wissenschaftsrat schreibt, wir studieren und streiten	15
Die Meinung: Seminar und Sandsäcke	16
Lehrerbildung	
Erfahrungen aus dem Vorbereitungsdienst: Ausbildung in 16 Monaten ist machbar	17
Tarif + Recht	
Altersteilzeit Mindestnetto: Verfassungsbeschwerde eingereicht	18
Neue Altersteilzeit: Zögerliche Korrektur der Genehmigungspraxis	18
Neustrukturierungen beim IB: Mitglieder gespannt auf Veränderungen	18
Reisekosten bei SCHILF: LISA hat letztendlich doch gezahlt	19
Beträchtliche Resonanz: Rentenwirksame Landlehrerzulage	19
Weiterbildung: Mindestlohn verlängert	19
Bildungsangebote	
12. Wittenberger Bildungstag: „Zeit für gute Schule.“	20
GEW-KV Bitterfeld: 19. Bitterfelder Bildungstag	20
Bildungstag der GEW-Kreisverbände Salzwedel und Stendal: „Burnout – wie kann ich mich schützen?“	21
Nachschlag: Die Wege des Herrn und der Justiz ...	24



– wahlversprechen

Hans-Dieter Klein

Tarifauseinandersetzung um Entgeltordnung: GEW wird Verhandlungsablehnung nicht hinnehmen

Nachdem die Tarifverhandlungen von Potsdam im März diesen Jahres ohne eine Entgeltordnung für die Lehrkräfte beendet wurden, hat die GEW Sachsen-Anhalt noch vor dem Ende des letzten Schuljahres die Landesregierung Sachsen-Anhalts als den zuständigen Arbeitgeber schriftlich aufgefordert, diese Verhandlungen hier im Lande in eigener Verantwortung aufzunehmen. Sie konnte sich dabei auf Beschlüsse des Gewerkschaftstages der GEW stützen. Auch in anderen Bundesländern kämpfen die Lehrkräfte derzeit um ihre Eingruppierung. So u.a. in Berlin, in Baden-Württemberg, in Sachsen. Weitere Länder werden in den kommenden Wochen folgen. Die von der Landesregierung bezweifelte Rechtmäßigkeit von Arbeitskämpfen in den einzelnen Ländern wurde von den Arbeitsgerichten eindeutig bestätigt.

Keine befriedigende Antwort auf Verhandlungsaufforderungen

Unsere ausführlich begründete Forderung nach baldigen Verhandlungen wurde jedoch von der Landesregierung mit Schreiben vom 9. Juli 2013 ausdrücklich abgelehnt. Mit einem Verweis auf die Haltung der TdL, die „landesbezogenen Tarifverhandlungen eine eindeutige Absage erteilt und klargestellt habe, dass Gesprächspartner und Tarifvertragspartei ... ausschließlich die TdL ist“, lehnte das Finanzministerium die von der GEW geforderten Tarifverhandlungen zu einer Entgeltordnung für die angestellten Lehrkräfte des Landes ab.

Mit einem zweiten Schreiben von Ende August will aber der Landesvorstand trotzdem eine Verhandlungszusage erreichen. „Sollte es erneut eine negative Reaktion der Landesregierung geben“, so der Landesvorsitzende und Verhandlungsführer Thomas Lippmann, „sind wir auf Aktionen bis hin zu Warnstreiks vorbereitet“.

Inhalt der Tarifverhandlungsaufforderung ist insbesondere

1. die gerechte Eingruppierung aller „Nichterfüller“ (u.a. Benachteiligung durch Stichtag 31.12.96)
2. die Gleichstellung aller Lehrkräfte mit abgeschlossener Hochschulbildung (u.a. Ein-Fach-Lehrkräfte)
3. die Eingruppierung der Grundschullehrkräfte mindestens in die E 12
4. die Eingruppierung aller Lehrkräfte für besondere Aufgaben an Hochschulen in die E 13
5. die tarifgerechte Bezahlung bei Übertragung einer höherwertigen Funktion.

Besonders betroffen sind vor allem die so genannten „Nichterfüller“. Trotz gleicher Ausbildung und Tätigkeit werden sie bisher meist um zwei bis drei Entgeltgruppen niedriger bezahlt (z.B. E 9 statt E 11 bzw. E 10/E 11 statt E 13). „Dieser skandalöse Zustand muss endlich beendet werden“, sagte Lippmann.

Darüber hinaus gab es zwei weitere Aufforderungen zu Tarifverhandlungen über die Arbeitszeit der Pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und über einen Demografie-Tarifvertrag. Für deren Verhandlung bedürfte es nach Auffassung des Finanzministeriums erst Abstimmungen in der Landesregierung, bevor es zu einer Verhandlungszusage käme. Wer denkt dabei nicht sofort an Verzögerungstaktik, etwa um zuvor Haushaltsplanungen vorzunehmen, mit deren Inhalten dann die GEW unter Druck gesetzt werden soll. Logisch ist das nicht, da die Idee zum Demografie-Tarifvertrag von der Regierung selbst stammt.

GEW aktiv gegen geplante Arbeitszeiterhöhung

Neben diesen konkreten Tarifvorhaben bleibt der Kampf gegen die Haushaltskürzungspolitik und gegen Stellenabbau auf der

Tagesordnung. Die Kampagne, sich gemeinsam gegen die Pläne der Landesregierung zu wehren, die wöchentliche Arbeitszeit der Lehrerinnen und Lehrer um bis zu zwei Unterrichtsstunden zu erhöhen, wird fortgesetzt.

Schon vor den Sommerferien wurden mehrere Aktionen unter dem Motto „Zeit für gute Schule.“ gestartet. Um diese erfolgreich fortsetzen zu können, hat sich der Landesvorstand nochmals an die betroffenen Kolleginnen und Kollegen gewandt und zur Aktivität aufgerufen.

Mit den jetzt immer zahlreicher eintreffenden „GEW-Zeitwertkarten“ wollen wir konkrete Aussagen zur tatsächlichen Belastung der Lehrkräfte auf den Tisch legen. Viele Kolleginnen und Kollegen haben diese Karten schon ausgefüllt, aber ein größerer Rücklauf erhöht auch die Glaubhaftigkeit unserer Aussagen.

Wenn Mitglieder und Nichtmitglieder ihre Zeitwertkarten noch nicht zur GEW-Geschäftsstelle zurück geschickt haben, sind sie herzlich gebeten, dies noch bis Ende September zu tun. Gern kann man auch zwei weitere Wochen dokumentieren. Die „GEW-Zeitwertkarten“ gibt es bei den GEW-Kreisvorständen. Und sie lassen sich auch unter www.zeit-fuer-gute-schule.de herunterladen.

Zum Thema „Zeit für gute Schule.“ wurde auch zu einem Kreativ-Wettbewerb aufgerufen. Es interessieren Karikaturen, Bilder, Fotos und Collagen aber auch Geschichten oder Texte zum Thema Arbeitszeit bzw. Arbeitsbelastung. Die Ausschreibung und die Bedingungen sind in der GEW-Zeitung vom Juni und auch unter www.zeit-fuer-gute-schule.de zu finden. Wir hoffen auf viele gute Ideen.

Tag des offenen Lehrerzimmers nutzen

Der Landesvorstand hatte im Sommer die Abgeordneten des Landtages aufgefordert, sich zur Arbeitsbelastung von Lehrkräften zu äußern. Die Antworten kann man auf den **Seiten 4 und 5** lesen.

Um unseren Landtagsabgeordneten vor Ort und ganz praktisch zu zeigen, wie ein Arbeitstag von Lehrkräften und pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aussieht, schlagen wir vor, im Zeitraum von nach der Bundestagswahl bis zu den Herbstferien Abgeordnete in unsere Schulen einzuladen, damit sie unsere Kolleginnen und Kollegen einen Tag bei der Arbeit begleiten. Die GEW-Kreisverbände übernehmen die Organisation.

Welche/r Abgeordnete bereits in welche Schule eingeladen wurde, ist auf unserer Internet-Seite www.gew-sachsenanhalt.net zu finden. Gern kann man weitere Abgeordnete einladen oder sie ansprechen und fragen, ob sie wirklich meinen, Lehrkräfte arbeiten zu wenig.

Die bereits angelaufenen und die geplanten Aktionen können nur dann erfolgreich sein, wenn möglichst viele mitmachen und damit zeigen, dass der Druck auf die Landesregierung und die letztlich im Parlament entscheidenden Abgeordneten nicht nur vom Landesvorstand, sondern vor allem durch die Beschäftigten selbst entsteht.

Beim Streik am 5. März 2013 in Magdeburg und bei den gewaltigen Aktionen an den Hochschulen und Universitäten in Halle, Magdeburg und Merseburg von Mai bis Juli haben wir unsere Kraft eindrucksvoll demonstriert und uns damit Respekt verschafft. Daran sollten wir anknüpfen.

Hans-Dieter Klein



Zeit für gute Schule

Arbeitszeiterhöhung für Lehrerinnen und Lehrer: Was sagen unsere Abgeordneten dazu?



In der Kampagne „Zeit für gute Schule.“ geht es um den Kampf gegen die Verschlechterung unserer Arbeitsbedingungen, insbesondere der Arbeitszeit. Die Arbeitszeit der Lehrkräfte kann die Landesregierung allein festlegen, weil es bisher keine tariflichen Regelungen gibt. Deshalb sieht der Finanzminister genau hier die Möglichkeit, Personal einzusparen, „bringt“ doch eine Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung um „nur“ eine Stunde rein rechnerisch 700 Lehrkräftestellen.

Im Rahmen unserer Kampagne hatte der Landesvorstand deshalb die Aktion „Abgeordnete befragen“ gestartet. Die Abgeordneten haben es in der Hand, der Landesregierung zu signalisieren, dass eine Verlängerung der Arbeitszeit der Lehrkräfte politisch nicht durchsetzbar ist. Wir haben alle 104 Abgeordneten des Landtages angeschrieben und Fragen gestellt, die einerseits zum Nachdenken anregen und andererseits die Abgeordneten bestärken sollten, auf die Entscheidung der Landesregierung zur Erhöhung der Arbeitszeit der Lehrkräfte Einfluss zu nehmen. Der Landesvorstand bedankt sich bei den Fraktionsvorsitzenden, die für ihre Fraktionen antworteten, besonders aber auch bei den Abgeordneten, die individuell geantwortet haben.

Die Antworten sind sehr unterschiedlich ausgefallen. Hier aber erst noch einmal die gestellten Fragen:

1. In Arbeitszeituntersuchungen wird immer wieder nachgewiesen, dass nur reichlich ein Drittel der Gesamtarbeitszeit der Lehrkräfte durch den Unterricht bestimmt wird, weil die Arbeit der Lehrkräfte daneben bis zu achtzig weitere Tätigkeiten umfassen kann.

Halten Sie trotz der ständig steigenden Anforderungen an die Lehrkräfte (z.B. Inklusion) eine Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung für gerechtfertigt und wenn ja,

wie würden Sie dies begründen? Liegen Ihnen in diesem Zusammenhang Erkenntnisse vor, dass die Lehrkräfte in Sachsen-Anhalt die allgemein im öffentlichen Dienst geforderte Gesamtarbeitszeit (40 Stunden je Woche bzw. 1.760 Stunden pro Jahr) nicht vollständig erbringen?

2. Allein in den letzten acht Jahren hat sich der Anteil der Lehrkräfte, die durch Erwerbsunfähigkeit vorzeitig aus dem Schuldienst ausscheiden bzw. die langzeiterkrankt sind, mehr als verdreifacht. Außerdem sind inzwischen mehr als 80 Prozent der Lehrkräfte älter als 45 Jahre (1998 waren es noch knapp 50 Prozent).

Sind Ihnen diese Entwicklungen bekannt und wie würden Sie diese in die Diskussion um die Erhöhung der Pflichtstunden einordnen? Welche Maßnahmen zur Gestaltung altersgerechter Arbeitsbedingungen würden Sie unterstützen?

3. Viele Lehrkräfte würden wegen der hohen beruflichen Belastungen gern ihre Arbeitszeit vorübergehend oder auch auf Dauer reduzieren. Die Genehmigung durch das Landesschulamt erweist sich aber oft als schwierig, weil es keine „Stellengarantie“ zur Sicherung der Unterrichtsversorgung gibt. D.h., die durch Teilzeitarbeit frei werdenden Stellen können bisher nicht zusätzlich zum begrenzten Einstellungskorridor mit jungen Lehrkräften besetzt werden, weshalb die Unterrichtsversorgung durch Teilzeit zusätzlich gefährdet wird. **Für wie wichtig halten Sie Modelle zur Teilung von Arbeitszeit und würden Sie sich aktiv für die Schaffung einer solchen „Stellengarantie“ einsetzen, um zusätzliche Neueinstellungen und mehr Teilzeitarbeit zu ermöglichen?**

CDU-Fraktion, André Schröder, Fraktionsvorsitzender

Mit diesem Schreiben antworte ich auch im Namen meiner Kolleginnen und Kollegen der CDU-Landtagsfraktion:

Zu 1.: Es ist richtig, dass die Anforderungen der Lehrkräfte in den vergangenen Jahren insgesamt gestiegen sind. Dies ist auch eine Folge von immer neuen Unterrichtsanforderungen, dem Druck bzw. der Erwartungshaltung der Öffentlichkeit, aber auch ganz neuer Sichtweisen auf „die Schule“ im Allgemeinen.

Die von Ihnen benannte Inklusion und die damit einhergehende Heterogenität sind ein Beispiel dafür. Ich erlaube mir darauf hinzuweisen, dass gerade die GEW immer eine Position zugunsten von Inklusion eingenommen hat. Gerade dadurch werden aber immer neue Herausforderungen für Lehrkräfte produziert, die zum einen einen sehr hohen Altersdurchschnitt aufweisen und zum anderen nicht ausgebildet genug für diese Herausforderungen sind. Eine Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung kann vor diesem Hintergrund nur dann gerechtfertigt sein, wenn damit erkennbar Verbesserungen für die „Schule“ im Ganzen und als Einheit verbunden sind. Mir sei an dieser Stelle aber auch der Hinweis gestattet,

dass die Lehrkräfte in Sachsen-Anhalt im Vergleich der Bundesländer nicht eine erhöhte, sondern eine eher unterdurchschnittliche Pflichtstundenbelastung unabhängig von der Gesamtarbeitszeit in der Woche aufweisen.

Zu 2.: Die beschriebenen Entwicklungen sind uns bekannt. Die Diskussion um die Erhöhung der Pflichtstunden wird dadurch noch befeuert. Als Maßnahmen für altersgerechte Arbeitsbedingungen könnten wir uns die Bildung eines Stellenpools vorstellen. Wenn im Dienst befindliche Lehrkräfte ab einem bestimmten Alter auf einen Teil Ihres Pflichtstundendeputats verzichten – und damit auch auf einen Teil Ihres Gehalts – dann könnte man Spielräume für begrenzte Neueinstellungen schaffen, sofern man die Lehrkräfte dafür findet.

Dieses Modell würde die CDU-Fraktion unterstützen.

Zu 3.: Grundsätzlich würden wir das Modell eines Stellenpools unterstützen (s. Frage 2).

Allgemein möchte ich noch anfügen, dass eine Altersteilzeitregelung in erster Linie für

Lehrkräfte in Betracht kommt, die ohnehin aufgrund ihrer Fächerkombination, ihrer zusätzlichen Belastung aufgrund von Arbeitsgruppen am Nachmittag oder aufgrund von anderen zusätzlichen Belastungen einer besonders hohen beruflichen Beanspruchung ausgesetzt sind. Eine Differenzierung in dieser Hinsicht sollte auch die Lehrämter nach Schulformen und den Einsatz der Lehrkräfte nach Jahrgängen berücksichtigen. Diese Aspekte müssen in eine umfassende Regelung einbezogen werden. Den Aspekt der Heterogenität habe ich schon erwähnt. Diese führt zu erheblichen zusätzlichen Herausforderungen für die Lehrkräfte. „Schule“ und Unterricht werden dadurch immer schwieriger in der Ausführung und Gestaltung durch die Lehrkräfte. Hinzu kommt eine immer ausufernde Bürokratisierung von „Schule“, die von den Lehrkräften zusätzliche Belastungen einfordert.

All dies muss in ein Gesamtkonzept der Arbeitszeitgestaltung von Lehrkräften an unseren Schulen einfließen. Im Interesse einer umfassenden Lösung ist ein Dialog aller Beteiligten – auch die Lehrgewerkschaften und die Lehrerverbände – sinnvoll.

SPD-Fraktion, Katrin Budde, Fraktionsvorsitzende

Zu 1.: Verschiedene Arbeitszeitstudien zeigen, dass, wie in Sachsen-Anhalt auch, die Mehrheit der Lehrkräfte in Deutschland durch ihren Beruf stark belastet ist. Der SPD-Fraktion ist bewusst, dass die Anforderungen an die Lehrkräfte in Sachsen-Anhalt hoch sind und gerade in den nächsten Jahren noch wachsen werden: Es geht weiter darum, die Potentiale jeder Schülerin, jedes Schülers besser zu erkennen und ergebnisorientiert auszu-schöpfen. Wir wollen mehr Lernende zum Abitur führen, aber auch den Anteil der Schüler ohne Schulabschluss weiter verringern. In allen Schulen sind die hohen Anforderungen an

einen inklusiven Unterricht in Umsetzung der UN-Konvention zu den Rechten behinderter Menschen schrittweise umzusetzen. Weiterhin werden die ersten Gemeinschaftsschulen in Sachsen-Anhalt ab Schuljahr 2013/14 ihre anspruchsvolle Tätigkeit aufnehmen. All diese neuen Anforderungen sind von Lehrkollegien zu meistern, deren Durchschnittsalter sehr hoch ist und vorerst weiter steigt.

In Anerkennung dieser hohen Anforderungen und unter Berücksichtigung der demografischen Entwicklung sind wir als SPD-Fraktion der Auffassung, dass das Thema Lehrerstunden in einem Demografietarifvertrag geregelt

werden kann. Die Bedingungen für altersgerechtes Arbeiten und für flexible Altersübergänge, die gerade an den spezifischen Problemlagen für Lehrer ansetzen, können nur im Rahmen eines solchen Demografietarifvertrags durch die Tarifpartner konkret ausgestaltet werden.

Zu 2.: Wie in allen Bereichen des öffentlichen Dienstes des Landes hat sich auch das Durchschnittsalter der Lehrerschaft in den letzten Jahren deutlich erhöht. Die damit verbundenen Probleme sind der SPD-Fraktion bekannt.



Deshalb unterstützen wir Bestrebungen, die die älteren Kollegen entlasten und gleichzeitig zusätzliche Einstellungen jüngerer Pädagogen ermöglichen.

Die bisher bereits möglichen Stundenabsenkungen für Kollegen kurz vor der Pensionierung sollen weiterhin erhalten bleiben.

LINKE-Fraktion, Wulf Gallert, Fraktionsvorsitzender

Nach Beratung mit den für die Schulpolitik zuständigen Kolleginnen und Kollegen in meiner Fraktion möchte ich Euch unsere Positionen zu dem Problemkreis darlegen: Wie Ihr wisst, hat sich die Fraktion DIE LINKE seit Jahren mit der Entwicklung des Lehrkräftepersonals befasst. Dass wir jetzt auf einen Mangel hinsteuern, war absehbar. Unsere Forderungen zielten auf eine sinnvolle Erweiterung der Ausbildungskapazitäten, auf die vorsorgliche Erhöhung der Neueinstellungen und eine Erweiterung des Einstellungskorridors. Die Bemühungen blieben weitgehend erfolglos. Nun wird der über Jahre vorprogrammierte Personalangel dazu gebraucht, die Abbauziele zu erreichen. Um auch unter diesen Bedingungen halbwegs den Unterricht zu gewährleisten, wird die Landesregierung versuchen, an verschiedenen „Stellschrauben“ zu drehen. Der in diesen Tagen im Ausschuss für Bildung und Kultur vorgestellte Bericht der Interministeriellen Arbeitsgruppe „Lehrkräfte-Bedarf, Lehrkräfte-Bestand, Einstellungen und das PEK“ zeigt auf, welche „Stellschrauben“ zu befürchten sind. Die Unterrichtsverpflichtung der Lehrkräfte gehört ausdrücklich dazu. In dieser Situation wiegt es schwer, dass die Arbeitszeit der Lehrkräfte nicht in einem Tarifvertrag vereinbart ist, sondern einseitig

Zu 3.: Die SPD-Fraktion unterstützt den Vorschlag, durch freiwillige Teilzeitarbeit älterer Kollegen frei werdende Stellenanteile zusammenzufassen und für die Einstellung zusätzlicher junger Kollegen 1:1, also ungekürzt, zur Verfügung zu stellen. Ein solcher Demografietarifvertrag nützt allen Beteiligten.

durch den Arbeitgeber festgelegt wird. Auch zu diesem Missstand sind wir im Parlament mit einem Antrag aktiv geworden. Unsere Forderung ist es, dass der derzeitige Personalbestand bis 2020 mindestens gehalten werden muss. Reserven, die möglicherweise noch erschlossen werden können, sollten dazu dienen, neue Herausforderungen an das Schulsystem, wie Inklusion und Ganztagschulentwicklung, personell zu unterstützen. Aber eine Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung, genauso wie die Kürzung der Stundentafel und die Abschaffung pädagogisch sinnvoller Anrechnungsstunden dürfen nicht zu diesen Reserven gehören.

Wir sprechen uns für ein anderes Herangehen an die Personalentwicklung aus, als sie derzeit mit dem so genannten Personalentwicklungskonzept vorgesehen ist. Auf der Grundlage einer zu bestimmenden Stellenzahl müssen alle freiwerdenden Stellen ausgeschrieben und umgehend besetzt werden können. Entsprechende Beschlüsse hat die Fraktion DIE LINKE im Rahmen der beginnenden Haushaltsdiskussion gefasst.

Vor diesem Hintergrund beantworten wir die Fragen wie folgt:

Zu 1.: Eine Erhöhung der Unterrichtsver-

Weiterhin wollen wir, dass Lehrerstellen von Kolleginnen und Kollegen, die aus Schulen dauerhaft ins Landesverwaltungsamt abgeordnet wurden, an das MK zurückgegeben werden und so für weitere Neueinstellungen genutzt werden können.

pflichtung ist nicht gerechtfertigt. Auch ich kenne keine Lehrkraft, die die reguläre Arbeitszeit nicht vollständig erbringt. Viele arbeiten darüber hinaus, als Unterricht zu erteilen, halten wir im Interesse des Schulklimas für richtig und notwendig.

Zu 2.: Die Entwicklung der Altersstruktur und die gesundheitliche Situation sind uns bekannt. Eingedenk dessen ist eine Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung schwer zu legitimieren. Vielmehr sollten Wege für einen sozial verträglichen und würdigen Übergang in den Ruhestand ermöglicht werden, die zugleich Spielraum für Neueinstellungen schaffen.

Zu 3.: Wir befürworten also solche Modelle grundsätzlich. In der Situation, die ist, wie sie ist, halten wir es aber für erforderlich, die Anträge im Einzelfall verantwortungsvoll zu prüfen. Das kann für einen Teilzeitwunsch u.U. auch eine Ablehnung bedeuten, wenn die Unterrichtsversorgung sonst gefährdet wäre.

Wie schon erwähnt, haben wir uns zu den Fragen abgestimmt, so dass sicherlich eine Reihe ähnlicher Antworten schon eingegangen sind oder noch eingehen werden.



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Prof. Dr. Claudia Dalbert, Fraktionsvorsitzende

Lassen Sie mich einleitend einige Bemerkungen hinsichtlich des Lehrermangels machen, bevor ich detailliert auf die von Ihnen aufgeworfenen Fragen eingehe. Die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat bereits im letzten Jahr auf einen bevorstehenden Lehrermangel hingewiesen. Dabei haben wir immer wieder die Landesregierung davor gewarnt, die Schulen als Sparbüchse zu betrachten. Unserer Forderung, eine transparente Bedarfsplanung für die Schulen vorzulegen, blieb von der Landesregierung bisher ungehört.

Zu 1.: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehen eine Erhöhung der Unterrichtsverpflichtungen für nicht gerechtfertigt an. In Anbetracht des fortgeschrittenen Durchschnittsalters unserer Lehrkräfte und der gestiegenen Anforderungen halten wir eine Erhöhung der Unterrichtsverpflichtungen für keine geeignete Maßnahme, um den drohenden Lehrkräftemangel zu bewältigen und die Unterrichtsversorgung an unseren Schulen zu gewährleisten. Auf Ihre Frage, ob die Lehrkräfte in Sachsen-Anhalt die im öffentlichen Dienst geforderte Gesamtarbeitszeit vollständig erbringen, ist zu sagen, dass unserer Fraktion keine gegenteiligen Erkenntnisse vorliegen.

Zu 2.: Die steigende Anzahl der Lehrerinnen und Lehrer, die durch Erwerbsunfähigkeit bzw. Langzeiterkrankung vorzeitig aus dem Schuldienst ausscheiden, ist der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bekannt. Insbesondere die Zunahme und Verbreitung des Burn-Out-Syndroms bei Lehrerinnen und Lehrern nimmt in jüngster Zeit eine besorg-

niserregende Qualität an. Diese Entwicklungen müssen ernst genommen werden und es müssen Lösungsansätze und Unterstützungsangebote für die Lehrerinnen und Lehrer entwickelt werden. Wichtig ist, dass diese Unterstützungsangebote bereits früh bei der Berufswahl beginnen. Denn die Erfahrungen zeigen, dass viele Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärter bei der Berufswahl eine andere Erwartung an den Lehrberuf haben als sich häufig im Berufsalltag zeigt (siehe z.B. Dalbert & Radant, 2010). Aus diesem Grund müssen unsere Lehrerinnen und Lehrer bereits in der Ausbildung auf die spezifischen und steigenden Anforderungen ihres Berufs und auf die sich ständig wechselnden Herausforderungen in unseren Schulen vorbereitet werden.

Aus der Perspektive von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kann eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Lehrerinnen und Lehrern unter anderem durch den Aufbau und die Etablierung von multiprofessionellen Teams erreicht werden. Durch eine Zusammenarbeit von unterschiedlichen pädagogischen Fachkräften, u.a. LehrerInnen, SchulsozialarbeiterInnen, SchulpsychologInnen etc., können nicht nur die steigenden Anforderungen und Belastungen aufgefangen, sondern darüber hinaus auch eine Verbesserung des Unterrichts und eine abgestimmte Betreuung der Lernenden erzielt werden. Multiprofessionelle Teams zeichnen sich außerdem dadurch aus, dass sie einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung eines gemeinsamen pädagogischen Verständnisses und der besseren Nutzung von Ressourcen leisten. Darüber hinaus bieten sie den ein-

zelnen Lehrerinnen und Lehrern die Gelegenheit zum systematischen Austausch sowie die Möglichkeit Schwierigkeiten gemeinsam angehen zu können.

Zu 3.: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN halten Modelle zur Teilung von Arbeitszeit durchaus für geeignet, um die hohen beruflichen Belastungen von Lehrerinnen und Lehrern zu bewältigen. Wir unterstützen ausdrücklich eine freiwillige Arbeitszeitverkürzung und die Schaffung einer Stellengarantie, damit mehr junge Lehrkräfte eingestellt werden können. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben beispielsweise im Landtag einen Änderungsantrag eingebracht, der für Beamtinnen und Beamte eine solche Möglichkeit vorhält. Mit der Änderung des Landesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetzes wollen wir erreichen, dass Beamtinnen und Beamten auf Antrag eine Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit gemäß § 63 Abs. 1 Satz um 5 v.H., 10 v. H. oder 20 v. H. und bis zur jeweils beantragten Dauer gewährt wird. Die durch die Gesetzesänderung erschafften finanziellen Spielräume sollen dazu herangezogen werden, anteilig zur Hälfte die Haushaltskonsolidierung voranzubringen und zum anderen den Neueinstellungskorridor zu erhöhen. Allerdings sind wir der Auffassung, dass die finanziellen Mittel, die durch eine freiwillige Arbeitszeitverkürzung im Schulbereich erwirtschaftet worden sind, den Schulen 1:1 zu Gute kommen müssen, da wir auf einen massiven Lehrkräftemangel zulaufen.



„L-EGO“-Tarifvertrag:

Eingruppierung von Grundschullehrkräften

Der nachfolgende Leserbrief von Kollegin Heidrun Benecke bezieht sich auf die Veröffentlichung der Verhandlungsaufforderung zu einem Tarifvertrag für die Eingruppierung der angestellten Lehrkräfte in Sachsen-Anhalt.

Die GEW hatte dazu die folgenden grundlegenden Forderungen formuliert:

- Gerechte Eingruppierung aller „Nichterfüller“ (u.a. Benachteiligung durch den Stichtag 31.12.1996)
 - Gleichstellung aller Lehrkräfte mit abgeschlossener Hochschulbildung (u.a. Ein-Fach-Lehrkräfte)
 - Eingruppierung der GS-Lehrkräfte mindestens in die E 12
 - Eingruppierung aller Lehrkräfte für besondere Aufgaben an Hochschulen in die EG 13
 - Tarifgerechte Bezahlung bei Übertragung einer höherwertigen Tätigkeit
- Kollegin Eva Gerth antwortete auf den Leserbrief.

Die Redaktion

Liebe Kollegen,
die „Opferung“ der Grundschullehrer bedeutet sicher mehr Chancen auf Erfüllung der anderen Forderungen.

Dass wir „Unterstufenlehrer“ in der DDR keine andere Möglichkeit der Ausbildung als unser Fachschulstudium hatten, fällt uns ständig auf die Füße. Bei der Erfüllung des sich stets verdichtenden Aufgabenspektrums (was von GS in letzter Zeit und in Zukunft verlangt wird, brauche ich sicher nicht aufzuzählen) wird auf die „mindere“ Ausbildung auch keine Rücksicht genommen. Ich finde es schade, dass unsere Gewerkschaft hier nicht weiter

zu uns steht, da wir doch schon durch die höchste Wochenarbeitszeit und durch ein starkes Engagement (jüngere Schulkinder erfordern dies) genug beansprucht werden. Die Anhebung in Entgeltgruppe 12 bedeutet schon eine Verbesserung, aber die Forderung „Gleichstellung aller Lehrkräfte“, die meine Kollegen im Februar auf die Straße holte, gilt nun nicht mehr. Damit bin auch ich als GEW-Vertrauensfrau recht unglaublich. Bitte verprellt uns nicht, denn rückblickend wurden wir Grundschullehrkräfte schon des Öfteren schlechter gestellt.

Mit freundlichen Grüßen
Heidrun Benecke (Grundschullehrerin)

Liebe Kollegin Benecke,
das Ziel, gleiche Eingruppierung für die Lehrkräfte aller Schulformen, bleibt für uns als GEW selbstverständlich.

Nachdem in der Tarifrunde 2013 L-EGO erneut gescheitert ist, wir also wieder ohne Tarifvertrag für die angestellten Lehrkräfte den Platz verlassen mussten (mit gehörig Wut in Bauch – ich war in der GEW-Tarifkommission dabei), haben wir überlegt, wie man die Strategie ändern kann, um doch zum Ziel zu kommen. Die Verhandlungen waren schwierig, die TdL ist nicht bereit, ihr Privileg, angestellte Lehrkräfte einseitig durch Arbeitgeberichtlinien einzugruppieren, so einfach aufzugeben. Auch die Kosten spielen natürlich immer eine Rolle. Wir wollen als GEW die Verhandlungen im Land führen, also nicht mit der gesamten Tarifgemeinschaft der Länder, sondern mit unserer Landesregierung. Deshalb haben wir die Verhandlungsaufforderung übergeben. Die Sachsen machen das auch, Berlin ist dabei, Mecklenburg-Vorpommern. Das

heißt, die Länder, die es sich zutrauen, weil sie kampffähig sind, versuchen, eine Lösung auf Länderebene zu erreichen.

Die Ziele in diesem Tarifkampf sind tatsächlich ein Stück zurückgenommen. Es geht erstmal um einen Einstieg, darum, die Landesregierung zu überzeugen, dass sich die Verhandlungen lohnen und das Problem „Eingruppierung für Angestellte“ lösbar ist und eben nicht hunderte Millionen kostet.

Insofern geht es uns um die „Nichterfüller“, derzeit etwa 800 in Sachsen-Anhalt, um die sofortige Bezahlung höherwertiger Tätigkeit und um die Grundschullehrkräfte. Dass es „nur“ die EG 12 ist, liegt daran, dass die derzeitige Zuordnung von Gruppen der Beamten und der Angestellten gerade in der EG 11 nicht passend ist. Beamtete Grundschullehrkräfte würden in die A 12 eingruppiert, angestellte Grundschullehrkräfte in die EG 11. Das ist ungerecht und auch nicht zu erklären. Daher kommt die Formulierung des Tarifziels. Wir haben auch mit Bedacht „mindestens“ davor geschrieben.

Es geht also um einen Einstieg, um einen Anfang, mit dem wir hier in Sachsen-Anhalt die Arbeitgeber überzeugen wollen, dass ein Eingruppierungstarifvertrag möglich ist.

Was eure Arbeit in der Grundschule angeht, darüber müssen wir nicht reden. Ich bin zwar nicht Grundschullehrerin, weiß aber schon recht genau, was ihr macht und sage das allen deutlich, auch den Kolleginnen und Kollegen an den Gymnasien. Ich komme gern zu euch an die Schule oder in den Kreis und stelle mich der Diskussion. Die GEW weiß, was sie an euch, vor allem an den Vertrauensleuten vor Ort, hat.

Viele Grüße
Eva Gerth

Die Meinung:

Schulleiter im Sommerloch

Es gibt Themen, da reibt man sich verwundert die Augen, wenn sie durch die Medien ins Licht der Öffentlichkeit geschoben werden. Nicht weil sie überraschend kommen, sondern weil sie so unerhört sind, dass man einen größeren Aufschrei der Verantwortlichen und Betroffenen erwartet hätte. Statt dessen Abwiegeln und Zahlenspielererei der Schulbehörden: Nein, nicht 133 Schulleiterstellen seien unbesetzt, sondern nur 119 und im Übrigen handele es sich um Schulleiterstellen, also auch um Stellen für stellvertretende Schulleiterinnen und Schulleiter. Was es nicht besser macht. Auch Stellen für Koordinatoren sind derzeit nicht besetzt, die kämen noch hinzu.

Eine Schule funktioniert auch ohne Schulleitung. Sie muss funktionieren, weil die Kinder vor der Tür stehen. Unterricht wird geplant und durchgeführt, Statistiken werden erstellt, Unterrichtsmittel bestellt und Elterngespräche geführt. Aber alles mit erheblich höherem Kraft- und Arbeitsaufwand von stellvertretenden Schulleitern, der dienstältesten Lehrkraft oder der Schulleiterin der Nachbarschule. Pädagogische Konzepte bleiben wahrscheinlich dabei auf der Strecke.

Eine Schule braucht eine funktionierende Schulleitung und Schulleiterinnen und Schulleiter, die sich an die Spitze ihrer Schulgemeinde

stellen, die engagiert und verantwortungsvoll ihre Ideen einbringen.

Mit solchen Idealen sind wahrscheinlich viele Schulleiterinnen und Schulleiter an ihre Bewerbung gegangen, um dann die Wirklichkeit zu erleben, die zunehmende Eigenständigkeit von Schule heißt und vor allem mit zunehmenden Aufgaben verbunden ist. Zur Wirklichkeit gehört auch, dass Schulleitungsmitglieder oft lange auf ihre funktionsgerechte Bezahlung warten, weil eben angestellte Beschäftigte wie Beamtinnen und Beamte behandelt und „befördert“ werden oder die Stelle noch durch Altersteilzeitbeschäftigte besetzt ist.

Solcherlei Schwierigkeiten sprechen sich herum und echte Lösungen sind nicht in Sicht. Bisher gibt es nur Stückwerk und die Hoffnung, dass die Schule nicht totzukriegen ist.

Die GEW und ihre Personalräte weisen seit Jahren auf das Problem hin und formulieren ihre Forderungen. Notwendig ist endlich eine langfristige Personalplanung. Was spricht dagegen, dass neue Schulleiter schon ein Jahr vor dem Ausscheiden des Amtsinhabers gefunden werden? Was spricht dagegen, dass sich schulfachliche Referentinnen und Referenten die Liste der FESA-Fortgebildeten (Führungskräfteausbildung in Sachsen-Anhalt) geben lassen und diese Kolleginnen und Kollegen aktiv ermuntern

und werben? Schulleitungsmitglieder müssen entlastet werden. Sie brauchen mehr Zeit für die Erfüllung ihrer Führungsaufgaben und zwar in allen Schulformen. Vor allem an kleinen Grundschulen ist die Schulleiterin nicht selten auch noch Klassenleiterin, ein Arbeitsaufwand, der kaum zu bewältigen ist.

Tarifrechtlich ist es in jeder Branche üblich, dass man für höherwertige Aufgaben auch sofort mit der Übernahme dieser bezahlt wird. Das muss auch für angestellte Schulleitungsmitglieder gelten. Diese Forderung stellt die GEW im Rahmen der Tarifverhandlungen für eine Entgeltordnung.

Schulleiterinnen und Schulleiter an kleinen Grundschulen erhalten ca. 100 Euro mehr als ihre Lehrkräfte und nicht mal die Hälfte ihres Stundenkontingents als Anrechnungsstunden. Selbst an zweizügigen Grundschulen gibt es oft keine bestellten Stellvertreter. Es ist skandalös, wie hier das Prinzip „kleine Kinder – kleines Geld“ umgesetzt wird.

Schule soll nicht nur irgendwie funktionieren, sie soll leben. Dazu braucht sie engagiertes Personal – auch an Spitze – mit guten Arbeitsbedingungen. Und dem Thema ist zu wünschen, dass es nicht nur im Sommerloch erscheint, sondern endlich ernsthaft diskutiert wird.

Eva Gerth

„Alle Jahre wieder ...“ finden Bundestagswahlen statt. Stimmt nicht, werden viele sagen. Wenn man schon an einen

Wahl zum Bundestag: Für Sozialstaat, Bildung und Wissenschaft!

solchen tradierten Text anknüpft, müsste es heißen: „Alle vier Jahre ...“ und weil Vergleiche immer hinken, sollte man es vielleicht ganz lassen. Denn wer ist dann das Christuskind? Bringt es wirklich Segen? Steht es uns wirklich zur Seite auf all unseren Wegen? Und: Was für Gaben hat es im Gepäck?

Also lassen wir das und fragen uns selbst, was uns die Bundestagswahlen bringen können: Welche Wahlergebnisse dazu führen könnten, dass es weniger Elend auf der Welt, Frieden und eine überlebensfähige Umwelt, besseres Leben für die Masse der Beschäftigten, mehr Zukunftschancen für Kinder und Jugendliche, ein auskömmliches Leben für ältere und verträgliche Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten in Bildung und Erziehung gibt. Nimmt man die Masse der Probleme, die sich hinter diesen Themen verbergen, dann wird uns auch schnell bewusst, dass es „leider“ nur alle vier Jahre möglich ist, etwas durch Wahlen zu beeinflussen. Dies eingedenk bleibt nur die Schlussfolgerung, dass man wenigstens diese seltene Chance nutzen muss.

Bekanntlich motiviert am meisten, was einen direkt auf der Haut brennt. Was haben also tagtägliche Probleme in der Familie, von der Kindererziehung bis zur Betreuung Pflegebedürftiger, die Situation in den Schulen und Hochschulen oder die Infrastruktur unseres Lebensumfeldes mit der Bundestagswahl zu tun? Oder gar die Idee, den Landeshaushalt durch Arbeitszeiterhöhung, Personalkürzung und Streichung an den Kommunal- und Hochschulmitteln zu „retten“? Sehr viel! Denn die Strategie der letzten Bundesregierungen und der sie tragenden politischen und Wirtschaftskräfte, hat zu einer bisher beispiellosen Umverteilung des Reichtums auf eine kleine Gruppe Superreicher, repräsentiert vor allem durch die Banken, geführt. Das alles geschah auf Kosten der Haushalte von Bund, Ländern und Kommunen, sprich der Masse der Steuerzahler. Deshalb rufen die Gewerkschaften vor der Bundestagswahl auf, die Handlungsfähigkeit des Staates wieder herzustellen – nicht um weiter das spekulative Geschäft von Bänkern, Waffenschiebern und Ausbeutern der Dritten und Vierten Welt zu sanieren, sondern um die Zukunft für die Arbeitenden, die den Reichtum schaffen, zu sichern.

Es geht dabei nicht um Steuerhöhungen oder Abkassieren bei allen. Es geht um Besteuerung derjenigen, die den Reichtum der Gesellschaft verspekulieren und verprassen und damit die Zukunft gefährden. Das zu befördern, reichen einige Kreuze auf Wahlzetteln nicht, aber sie bestimmen doch darüber, welche Menschen und politische Richtungen die Bundespolitik bestimmen. Und das unterschätzen wir nicht, auch wenn wir uns schon bald wieder zu Demonstrationen treffen oder in den Streik treten müssen.



© WWW.SW-KOMMUNIKATION.NET





EuW-Gespräch vor der Bundestagswahl:

Das politische Schicksal Sachsen-Anhalts entscheidet sich

Vier Wochen vor der Bundestagswahl sprach die Redaktion von EuW mit dem GEW-Landesvorsitzenden, Thomas Lippmann, über die bundespolitischen Perspektiven für die weitere Entwicklung von Bildung, Wissenschaft und Sozialstaat in Sachsen-Anhalt.

Die Redaktion

Die Bundestagswahl steht vor der Tür und man merkt es kaum. Zumindest wurde der Wahlkampf lange so geführt, dass von Kampf kaum die Rede sein konnte. Geht es denn um so wenig oder sind wir letztlich so gut, dass Alternativen nicht gebraucht werden?

Wir erleben ja seit Jahren in den großen Wahlkämpfen vor allem auf der Bundes- aber auch auf der Landesebene die Tendenz, dass der Wahlkampf fast ausschließlich auf die Spitzenkandidaten der Parteien ausgerichtet wird. Da sich das Medieninteresse dabei vor allem auf die Konkurrenten ums Kanzleramt konzentriert, ist zwischen der „Mutter der Nation“ und ihrem vormaligen Finanzminister eben wenig an alternativen Politikvorstellungen zu erwarten. Angela Merkel hat in den letzten acht Jahren aus ihrer Sicht alles gut und richtig gemacht und will das Land mit ruhiger Hand weiterregieren. Und ihr Herausforderer will mal wieder nicht alles anders, aber vieles besser machen.

Die Wahlprogramme und damit die konkreten Themen der Parteien spielen kaum noch eine

Rolle. Auf den meisten Wahlplakaten sind ja auch nur noch die Köpfe und ganz allgemeine, austauschbare Politfloskeln zu sehen. Dabei stehen große und wichtige Fragen auf der politischen Tagesordnung, die uns in unserer täglichen Arbeit in den Gewerkschaften umtreiben und die zu Recht für immer mehr Unzufriedenheit in der Bevölkerung sorgen. Das dramatischste Problem ist die ungerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums, die sich seit der Regierungszeit von Gerhard Schröder enorm verschärft hat und die inzwischen längst unerträglich geworden ist. Hartz IV, der ausufernde Niedriglohnbereich und wachsende Altersarmut, desolate Haushalte in Bund, Ländern und Kommunen – das alles sind die unmittelbaren Folgen einer verfehlten Steuerpolitik seit dem Ende der neunziger Jahre.

Wir in den Gewerkschaften haben schon vor Jahren alternative Steuerkonzepte vorgelegt. Wir fordern eine deutliche Erhöhung der Staatseinnahmen zu Lasten hoher Einkommen und großer Vermögen, um damit vor allem Bildung, Wissenschaft und Kultur ausreichend zu finanzieren und die Haushalte der Städte und Gemeinden so zu stärken, dass sie ihre wichtigen Aufgaben für die Bürgerinnen und Bürger erfüllen können, ohne diese dafür immer weiter zur Kasse zu bitten.

Bisher hat sich ja in dieser Hinsicht aber wenig, genauer gesagt gar nichts getan. Gibt es denn Hoffnung, dass sich künftig in der Steuerpolitik etwas ändert?

Ja klar, die Hoffnung stirbt ja bekanntlich zuletzt. Aber natürlich erwarten wir nicht, dass sich Änderungen im Selbstlauf ergeben. Der DGB hat aus einer langjährigen Diskussion heraus frühzeitig klare sozial-, bildungs- und arbeitsmarktpolitische Forderungen an die Parteien im Bundestagswahlkampf formuliert. In bundesweiten Kundgebungen – für den Nordbereich am 7. September in Hannover – wollen wir nun durch eine breite Mobilisierung zeigen, dass diese Forderungen Gewicht bei den Mitgliedern und in der Bevölkerung haben und hoffentlich durch die Wahl zugunsten der abhängig Beschäftigten entschieden werden.

Unsere Diskussionen mit den Parteien dauern schon mehrere Jahre und unsere Forderungen wurden zuletzt immer lauter und nachdrücklicher. Mit der Wahl in wenigen Tagen könnte sich nun endlich etwas ändern, wenn CDU und FDP danach nicht mehr weiterregieren können. Denn außer den jetzigen Regierungsparteien haben alle anderen Parteien Steuererhöhungen für Reiche und Vermögende und mehr Geld für Bildung, Wissenschaft und Kultur in ihre Wahlprogramme aufgenommen.

Auch die Zusagen für einen gesetzlichen Mindestlohn und für Korrekturen im Rentensystem (u.a. auch bei der Rente mit 67) finden sich bei allen Parteien außerhalb der jetzigen schwarz-gelben Koalition. Am deutlichsten sind hier die LINKEN, aber auch die SPD hat inzwischen klare Signale gesetzt, Positionen aus der Schröder-Ara zu korrigie-

**Solide Finanzen sind wichtig.
Weil wir an morgen denken.**



**Gute Arbeit und
neue Ideen. So bleibt
Deutschland stark.**



FDP
**Die Mitte
entlasten.**

Nur mit uns.

**Jede Familie ist anders.
Und uns besonders wichtig.**



**Wachstum braucht
Weitblick. Und einen
stabilen Euro.**



FDP
**Sicheres
Geld.**

Nur mit uns.

auch in Berlin

ren und soziale Themen neu zu besetzen. Unterstützt werden gewerkschaftliche Forderungen auch im Programm von BÜNDNIS'90/DIE GRÜNEN.

Die Entscheidung über die Ausgaben in den von dir genannten Politikfeldern liegt weitgehend bei den Ländern, über ihre Einnahmen können diese aber nur in sehr geringem Umfang selbst bestimmen. Steckt da unsere politische Doppelspitze Haseloff und Bullerjahn nicht doch in einem Dilemma, in dem sie eigentlich nur (den Mangel) verwalten statt politisch gestalten können?

Ja und nein. In der Tat wird über das Schicksal von Sachsen-Anhalt auch bei der Bundestagswahl entschieden. Denn wenn man sich nicht weiter hemmungslos verschulden und dennoch dem Land und seinen Bürgern eine lebenswerte Perspektive bieten will, muss mehr Geld in die öffentlichen Kassen kommen. Und die Steuerpolitik ist nun mal weitgehend Sache des Bundes. Nur sind es doch die gleichen Parteien, die im Bund und in den meisten Ländern das Sagen haben. Also ist es fair zu sagen, ihr könnt es zwar nicht in den Ländern selbst regeln, aber macht euch in euren Parteigremien auf den Weg und sorgt dort für politische Entscheidungen, die die öffentlichen Haushalte stärken und so der Politik ihre Handlungsfähigkeit zurückgeben. Das aber machen weder Haseloff noch Bullerjahn. Im Gegenteil, sie zeichnen für unser Land ein Schreckensszenario nach

dem anderen über unaufhaltsamen Bevölkerungsschwund und wegbrechende Einnahmen, über angeblich mittelmäßige Leistungen und unerledigte Hausaufgaben. Nicht einmal der eigenen Wirtschaft trauen sie eine positive Entwicklung zu. Ja, Haseloff und Bullerjahn stecken in diesem Dilemma, sie lassen aber weder Ideen noch Initiativen erkennen, sich und damit das Land daraus zu befreien. Sie haben sich politisch auf einen rigiden Kurs permanenter Ausgaben- und Personalkürzungen eingerichtet und laden so die ganze Last bei ihren Bediensteten und bei den Bürgerinnen und Bürgern ab. Darüber wird weiter gestritten und auch protestiert werden – vor und nach der Bundestagswahl.

Über welche finanziellen Dimensionen reden wir in diesem Zusammenhang eigentlich?

Wir reden letztlich über 80 bis 100 Milliarden Euro jährlich für alle Ebenen – Bund, Länder und Kommunen. Das sind zwar immerhin etwa 25 Prozent bis 30 Prozent des derzeitigen Bundeshaushaltes, aber nur drei bis vier Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Wobei ein solcher Geldregen ohnehin nicht auf einmal das Land überschwemmen dürfte. Über einen Zeitraum von zehn Jahren jedes Jahr acht bis zehn Milliarden mehr für die Erfüllung der öffentlichen Aufgaben wäre eine völlig realistische Perspektive. Das sind keine linken Utopien, Luftschlöser oder wirtschaftsfeindliche Phantasien, die Arbeitsplätze gefährden. Solche Pläne sind notwen-

dig, sinnvoll, gerecht und durchführbar, wenn der politische Wille und die entsprechenden Mehrheiten vorhanden sind.

Bei diesen Größenordnungen reicht ja Kosmetik nun wirklich nicht aus. Besteht die Chance, die sich dagegen stemmenden Kräfte in die Schranken zu weisen?

Vermutlich nur bis zu einem gewissen Grad. Obwohl letztlich alle von der damit verbundenen wirtschaftlichen Dynamik profitieren würden. Denn über die Stärkung von Bildung und Wissenschaft bis hin zu den kommunalen Haushalten werden ja auch in hohem Maße wirtschaftliche Potenziale erschlossen, die wir heute brachliegen lassen. Fachkräftemangel durch Bildungsdefizite, hohe Sozialleistungen, schwächelnde Binnennachfrage und kommunaler Investitionsstau sind ja die Kehrseite der Steuerpolitik von Schröder und Merkel. Aber Kapital ist nun einmal nicht vernünftig, sondern gierig, da gibt es seit Marx keine neuen Erkenntnisse. Also wird es gegen eine Politik, die sich für mehr Staat und mehr Steuergerechtigkeit einsetzt, auch zunehmende Widerstände geben. Die gibt es z.B. von Seiten der FDP oder der „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ ja schon jetzt im Wahlkampf. Außerdem werden die Medien dabei kräftig mitmischen, denn die befinden sich ja auch ganz überwiegend in privaten Händen und verfolgen eigene Interessen. Aber man muss den Mut haben, die Umverteilung von unten nach oben zu beenden und



→ umzukehren. Sonst bezahlen alle, die nicht zu den obersten zehn Prozent der Gesellschaft gehören, die Zeche und bleiben letztlich auf der Strecke. Denn nur Reiche können sich einen armen Staat leisten – auch diese alte Erkenntnis ist bisher nicht widerlegt.

Was können wir hier bei uns konkret tun, damit Bildung, Wissenschaft und Kultur nicht unter die Räder der Haushaltskonsolidierung kommen? Nur am 22. September zur Wahl gehen und unser Kreuz an der richtigen Stelle machen?

Die Bundestagswahl ist natürlich wichtig. Wir sollten als Gewerkschafter hier auf jeden Fall Flagge zeigen und diese Möglichkeit, Politik zu beeinflussen, nicht ungenutzt verstreichen lassen. Aber genauso klar ist auch, dass Wahlen allein noch nicht viel ändern. Das Engagement und der Kampf von Gewerkschaften und anderen Interessengruppen, von Bürgerbewegungen und sozialen Netzwerken sind unverzichtbar, um politische Inhalte in die Parlamente zu tragen, Fehlentscheidungen zu korrigieren und dem Willen von Bürgerinnen und Bürgern auch über den Wahltag hinaus Gehör zu verschaffen.

Das haben die massiven Proteste der letzten Monate gegen die absurden Kürzungspläne der Landesregierung sehr deutlich gezeigt. Doch auch hier ist noch nichts gewonnen. Die Landesregierung hat ihren Haushaltsentwurf fast unverändert in den Landtag eingebracht. Deshalb dürfen und werden wir

in unseren Aktionen nicht nachlassen. Dafür brauchen wir weiter das Engagement der vielen Bürgerinnen und Bürger und besonders die Unterstützung unserer Mitglieder in den Gewerkschaften.

Unser Kinderbetreuungssystem, unser Schulsystem und unsere Hochschulen sind vielfach bundesweit vorn. Wir haben aus den letzten

20 Jahren viele Erfolge vorzuweisen, auf die wir stolz sein können. Wir werden nicht tatenlos zusehen, wenn das Land durch seine politischen Spitzen weiter schlechtergedet und kaputtgespart wird. Wir sind Sachsen-Anhalt, wir wollen dieses Land weiter gestalten und es nicht abschaffen.

Öffentliches Wahlforum der Gewerkschaften: **Bundestagswahl 2013**



Wir fragen – SpitzenkandidatInnen antworten:

**Christoph Bergner (CDU),
Karamba Diaby (SPD),
Steffi Lemke (GRÜNE),
Cornelia Pieper (FDP),
Petra Sitte (LINKE)**

Moderation: Uli Wittstock
(Mitteldeutscher Rundfunk)

Dienstag, 10. September 2013, 18 Uhr

**DORMERO Kongress- und Kulturzentrum,
Franckestraße 1, 06110 Halle (Saale)**



DGB-Kampagne zur Bundestagswahl: Positionspapier zur Haushaltskürzungspolitik

Der DGB Sachsen-Anhalt hat in einem Positionspapier zur Haushaltskürzungspolitik der Regierung Haseloff/Bullerjahn Stellung genommen. Er fordert damit vor der Bundestagswahl zu einer grundlegenden Wende in der Finanzpolitik des Landes auf.

Wir sind Sachsen-Anhalt! – Landesregierung zur Vernunft bringen

Die Landesregierung in Sachsen-Anhalt hat in den zurückliegenden Jahren ihre politische Arbeit fast ausschließlich auf die Sanierung des Landeshaushaltes ausgerichtet. Sie leugnet dabei die offensichtlichen Probleme der zu geringen staatlichen Einnahmen und die daraus resultierende strukturelle Unterfinanzierung in praktisch allen Aufgabenbereichen. Und sie geht in ihren Planungen von weiter drastisch sinkenden Einnahmen aus, die unveränderbar auf das Land zukommen würden.

Aus dieser fatalistischen Einschätzung, die keinerlei Zukunftsperspektive enthält, werden grundlegende Weichen für die Landesentwicklung falsch gestellt. Statt sich für die nachhaltige Sicherung, sowie die Erweiterung und Verbesserung der staatlichen Angebote für die Bürgerinnen und Bürger einzusetzen, soll dem Land eine Kürzungsrunde nach der anderen verordnet werden. Und dies ohne jede fachliche Begründung und ohne realistische Abschätzung der Folgen. Es wird allein darauf verwiesen, dass nicht genügend Geld vorhanden sei. Dennoch gäbe es kein Einnahmeproblem sondern nur ein Ausgabenproblem, weil wir angeblich in unserem Land zu lange über unsere Verhältnisse gelebt hätten.

Das Land trägt die Verantwortung für Bildung, Wissenschaft und Innovation, für lebendige vielfältige Kultur, im sozialen Bereich, für die öffentliche Sicherheit und für seine Kommunen. Die jüngste Flut hat gerade wieder drastisch bewiesen, dass es z.B. keine Kürzungen beim Hochwasserschutz geben darf – statt dessen muss investiert werden, damit die Menschen in unseren Städten und Landkreisen nie wieder derart in Not geraten.

Die Kürzungen in allen Bereichen berauben das Land nicht nur seiner Zukunft, sie können direkt Leben bedrohen. Durch ständige Kürzungen entstehen darüber hinaus vielfach Folgekosten, die die erhofften Einsparungen weit übertreffen. Deshalb ist es jetzt notwendig, den Druck der Öffentlichkeit auf die Landesregierung zu erhöhen, um sie von ihrem verhängnisvollen Weg abzubringen.

Wenn wir jetzt schweigen und stillhalten, wird die Landesregierung ihre Kürzungspolitik kompromiss- und rücksichtslos fortsetzen. Der Behauptung, es gäbe keine Alternative, setzen wir unseren Mut, unsere Phantasie und unseren festen Willen entgegen, unser Land vor dem Ausverkauf zu schützen und unsere Zukunft mitzugestalten. Dieses Land und seine Zukunft gehören uns allen und nicht einer auf Zeit gewählten Landesregierung.

Zur Zukunftssicherung brauchen wir in Sachsen-Anhalt u.a.:

- mehr Geld und Personal für die Schulen und Hochschulen des Landes, eine hohe Qualität von Bildung und Ausbildung, mehr Studierende statt weniger, denn gute Bildung ist die entscheidende Grundlage künftiger Entwicklung,
- mehr Geld für das Gesundheitswesen, insbesondere auch für die Entwicklung der Universitätsklinik, die für die Gesundheitsversorgung, aber auch für die Ausbildung von Medizinerinnen und die Forschung unverzichtbar sind,
- ausreichend Personal für eine funktionierende öffentliche Verwaltung und für eine handlungsfähige Polizei,
- eine lebendige Kultur mit vielfältigen Angeboten.
- eine moderne Infrastruktur, u.a. einen nachhaltigen Hochwasserschutz und nicht nur eine kurzfristige Behebung von Schäden und handlungsfähige Städte und Gemeinden,
- mehr Geld und Personal zur Förderung der Kinder- und Jugendarbeit, insbesondere im ländlichen Raum

All das gehört zu einer funktionierenden Demokratie, all das sind entscheidende Beiträge zur Attraktivität eines Landes. Dafür muss der Staat sorgen und dafür braucht er genügend Geld. Das ist durchaus vorhanden. Der Staat kann seine Einnahmen steigern, ohne den Normalverdiener stärker zu belasten. Während die staatlichen Einnahmen vor allem durch umfangreiche Steuersenkungsprogramme zurückgingen, sind die privaten Vermögen ins Unermessliche gewachsen.

Zur Finanzierung des Gemeinwesens müssen alle entsprechend ihrer Möglichkeiten beitragen. Würden allein große Privatvermögen und hohe Erbschaften gerecht besteuert und der Spitzensteuersatz wieder auf sein früheres Niveau angehoben werden, müsste heute niemand über drastische Ausgabenkürzungen nachdenken. Die Einnahmen würden ausreichen, um die Aufgaben des Staates zu erfüllen. Es wäre nicht mehr nötig, das Schulsystem und die Hochschulen einschließlich ihrer Klinika sowie die kulturellen Einrichtungen zu ruinieren oder sogar ganz abzuschaffen. Es wäre nicht mehr nötig, die Arbeitszeit der Lehrer zu erhöhen, das Einkommen der Polizisten zu kürzen, Sozialberatungsstellen zu schließen und die Kommunen finanziell auszuhungern.

Lasst uns alle gemeinsam den notwendigen Druck entwickeln, um die Landesregierung zur Vernunft zu bringen. Es geht nicht nur um einzelne Regionen und einzelne Standorte. Die drastische Haushaltskürzungspolitik trifft alle und schadet unserem Land.



GUTE ARBEIT. SICHERE RENTE. SOZIALES EUROPA. AKTIVER STAAT.

DGB

Für Verteilungsgerechtigkeit bundesweit.
Für einen konsequenten Politikwechsel.

Kommt zur Demo! 7. SEPTEMBER 2013 IN HANNOVER

- 11 Uhr Auftaktkundgebungen:
Goseriede/Steintorplatz
und Schützenplatz
- ab 11.30 Uhr
Demonstrationszüge
durch die Innenstadt
- ab 13 Uhr Abschlusskundgebung
auf dem Opernplatz



RednerIn:

- Frank Bsirske, Vorsitzender von ver.di
- Susanna Camusso, Generalsekretärin der
Gewerkschaft CGIL (Italien)
- Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer
Der PARITÄTISCHE Gesamtverband
- Helga Schwitzer, Vorstandsmitglied der IG Metall



Abfahrtszeiten der Busse für die Region Halle-Dessau

Halle 8.00 Uhr ab Hauptbahnhof, Ernst-Kamieth-Str., ZOB
Dessau 7.30 Uhr ab Hauptbahnhof
Sangerhausen 7.30 Uhr Busbahnhof
Hettstedt 7.30 Uhr Busbahnhof
Bitterfeld-Wolfen 7.30 Uhr Busbahnhof

Köthen 8.00 Uhr, Busbahnhof
Zeitz 6.45 Uhr, Schützenplatz
Naumburg 7.30 Uhr, Vogelwiese

Infos und Kontakt: <http://halle-dessau.dgb.de/-/sQa>

Gute Arbeit statt perspektivloser Jobs

Niedriglöhne und prekäre Jobs nehmen immer mehr zu. Menschen brauchen aber gerechte Löhne und sichere Arbeit. Wir fordern eine neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt: mehr Rechte für die Beschäftigten, Tarifverträge und einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn nicht unter 8,50 Euro. Gleiches Geld für gleiche Arbeit in der Leiharbeit, sozial abgesicherte Beschäftigung statt Minijobs, Befristungen und Werkverträge sowie gleiche Entgelte und Karrierechancen für Männer und Frauen.



Sichere Rente statt Altersarmut



Die Rente mit 67 bedeutet harte Einschnitte für alle, die es nicht bis zum gesetzlichen Rentenalter schaffen. Prekäre Jobs führen die Menschen in Altersarmut. Wir fordern Renten, die den Lebensstandard sichern: durch eine nachhaltige und solidarisch finanzierte Alterssicherung. Menschen, die das reguläre Rentenalter nicht erreichen können, muss eine Erwerbsminderungsrente wirksam absichern. Schluss mit den Rentenkürzungen, Schluss mit der Rente mit 67!

Soziales Europa statt Sozialabbau

Radikale Kürzungsprogramme in zahlreichen Ländern der EU sorgen für eine Spirale nach unten und gefährden den sozialen Frieden. Das trifft nicht die Verursacher an den Finanzmärkten, sondern die Opfer der Krise: Beschäftigte, Erwerbslose, Rentnerinnen und Rentner sowie die junge Generation. Wir fordern ein Investitions- und Konjunkturprogramm für ein sozial gerechtes, sicheres und demokratisch legitimes Europa.



Aktiver Staat statt Reichtum für wenige



Die Kluft zwischen Arm und Reich wächst. Die Steuerpolitik der letzten Jahre hat die öffentlichen Haushalte ausgehöhlt. Wir wollen eine gerechte Steuerpolitik, die Finanztransaktionen, Unternehmensgewinne sowie hohe Einkommen und Vermögen stärker heranziehen. Steueroasen müssen ausgetrocknet, Steuerflucht- und hinterziehung bekämpft werden. Nur so entsteht Verteilungsgerechtigkeit, nur so können öffentliche Aufgaben und Investitionen in Bildung, Soziales und Infrastruktur finanziert werden.

Abfahrtszeiten der Busse für die Region Altmark-Börde-Harz

Stendal	Stadtseeallee 1, 7.30 Uhr	Staßfurt	Bahnhof, 8.00 Uhr	Calvörde	Fa. Emig, Das Neue Land 5, 8.00 Uhr
Tangerhütte	Neuer Bahnhof, 8.00 Uhr	Aschersleben	ehem. Busbahnhof, 8.30 Uhr	Haldensleben	Bahnhof, 8.30 Uhr
Magdeburg	ZOB, 8.30 Uhr	Quedlinburg	Busbahnhof, 7.45 Uhr	Salzwedel	7.30 Uhr
Schönebeck	Busbahnhof, 8.00 Uhr	Thale	Busbahnhof, 8.15 Uhr	Klötze	8.15 Uhr
Halberstadt	Busbahnhof, 8.15 Uhr	Blankenburg	Busbahnhof, 8.45 Uhr	Gardelegen	8.45 Uhr
Wernigerode	Busbahnhof, 8.45 Uhr	Bernburg	Busbahnhof, 8.00 Uhr		
Ilsenburg	Faktoreistraße, 9.15 Uhr				

DGB-Kampagne zur Bundestagswahl: **Bildungsland Sachsen-Anhalt**

Der DGB Sachsen-Anhalt hat ein Positionspapier veröffentlicht, das ausdrücklich zu Bildungsfragen Stellung nimmt. Gerade zum Zeitpunkt massiver Proteste, der Angriffe der Landesregierung auf Bildung und Wissenschaft setzte er damit vor der Bundestagswahl ein klares Signal.

Wir sind Sachsen-Anhalt! – Mein Bildungsland Sachsen-Anhalt

In großer Sorge um die Zukunft unseres Landes nimmt der DGB die neuerlichen Pläne der Landesregierung für drastische Kürzungen der Bildungsausgaben zur Kenntnis. Wir setzen unseren entschiedenen Widerstand besonders dem unverantwortlichen Personalabbau im Bildungsbereich entgegen, der unserem Land dauerhaften Schaden zufügen wird.

Schulische Bildung – Grundlage für individuelle, gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung

Im Schulsystem des Landes wurden über einen Zeitraum von 15 Jahren der demographisch bedingte Einbruch der Schülerzahlen und die daraus resultierende Anpassung des Lehrkräftebestandes mit großen Anstrengungen bewältigt. Trotz enormer Belastungen konnte die Leistungsfähigkeit der Schulen dabei im nationalen und internationalen Vergleich in weiten Teilen gesichert werden. Im Vergleich der deutschen Bundesländer nimmt Sachsen-Anhalt mit überdurchschnittlichen Leistungen regelmäßig vordere Plätze ein.

Dies alles wird mit den Personalplanungen der Landesregierung nunmehr in Frage gestellt. Die zur Begründung angeführten Behauptungen, Sachsen-Anhalt verfüge im bundesweiten Vergleich über eine weit überdurchschnittliche Personalausstattung und über das kleinteiligste Schulnetz, sind in weiten Teilen unzutreffend.

Die geplante Reduzierung des derzeitigen Personalbestandes bis 2019 um ca. ein Viertel kann das Schulsystem nicht ohne massive Einschnitte in die Quantität und Qualität der schulischen Angebote verkraften. Dies wird die optimale Erschließung der individuellen Entwicklungspotenziale der Kinder und Jugendlichen erheblich einschränken und damit die entscheidende Grundlage für die weitere gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung des Landes in hohem Maße gefährden. Außerdem bleibt dadurch auch weiterhin Tausenden junger Lehrerinnen und Lehrer, die hier im Land bestens ausgebildet wurden und die die Schülerinnen und Schüler mehr denn je brauchen, der Weg in die Schulen Sachsen-Anhalts verschlossen. Die Arbeits- und Leistungsfähigkeit des sachsen-anhaltischen Schulsystems muss durch eine konsequente Neuausrichtung der Personalplanung am tatsächlichen Bedarf auf dem heutigen Niveau gesichert und weiter verbessert werden.

Wissenschaft und Forschung – Motor für Innovation, demographischen Wandel und wirtschaftlichen Aufstieg

Einsparungen von weit mehr als 50 Mio. Euro bis 2025 im Hoch-

schuletat würden der positiven Entwicklung der Hochschulen und der außeruniversitären Forschungslandschaft ein jähes Ende setzen. Die Landesregierung will ausgerechnet in einem Bereich Kürzungen in Größenordnungen durchsetzen, der von ihr selbst als Garant für eine erfolgreiche Entwicklung des Landes gesehen wird. Es liegt nicht im Landesinteresse, die Zahl der Studierenden nahezu zu halbieren. Sachsen-Anhalt stellt sich damit deutlich gegen den Bundestrend und verspielt zusätzlich die Bundesmittel aus dem Hochschulpakt, die an die Zahlen der Studienanfänger gekoppelt sind. Das Land muss vielmehr möglichst vielen jungen Menschen, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern und weiteren, dringend benötigten Fachkräften gute Arbeits- und Lebensperspektiven bieten, um den demographischen Abwärtstrend zu stoppen und umzukehren. Wem die Zukunft unseres Landes etwas wert ist, der investiert in Zukunftsbereiche und in die junge Generation. Wir wollen, dass Menschen bei uns gut ausgebildet werden, dass sie hier willkommen sind, bei uns leben und arbeiten wollen. Dafür ist eine attraktive und innovative Hochschul- und Forschungslandschaft ein entscheidender Motor.

Hochschulmedizin – Für eine optimale Patientenversorgung

Eine ausreichende ärztliche Versorgung der Bevölkerung ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge, die das Land sicherstellen muss. Unsere Universitätsklinika leisten als Maximalversorger dafür einen entscheidenden Beitrag. Gemeinsam mit den Medizinischen Fakultäten und den Kooperationspartnern aus anderen Wissenschaften bilden sie an beiden Universitäten den Rahmen für eine innovative medizinische Forschung.

Das derzeitige Krankenhausfinanzierungssystem benachteiligt die Universitätsklinika. Es ist mehr denn je auf Betriebsergebnis und Gewinn ausgerichtet. – nicht auf die Patientinnen und Patienten. Fehlende Zuwendung von Ärztinnen, Ärzten und Pflegepersonal führen zu erheblichen Risiken für die Patienten und zu massiven körperlichen und seelischen Belastungen für die Beschäftigten. Unsere Landesregierung will die Bedingungen offensichtlich noch weiter verschlechtern, weil sie sich dem Diktat eines Finanzhaushalts beugt. Beispiele aus anderen Bundesländern zeigen, dass Privatisierung der Klinika keine Lösung ist. Wir wollen eine optimale Patientenversorgung erhalten und weiter ausbauen. Es muss Schluss sein mit der verantwortungslosen Politik nach Kassenlage.

Jährlich werden 400 Ärztinnen und Ärzte in Halle und Magdeburg ausgebildet. Diese Ärztinnen und Ärzte werden in den kommenden Jahren zur Aufrechterhaltung der ärztlichen Versorgung im Land mit seiner zunehmend älteren Bevölkerung gebraucht. Dementsprechend muss Sachsen-Anhalt die Ausbildung fortsetzen und alle Anstrengungen unternehmen, diese hochqualifizierten Fachkräfte im Land zu halten. Dieser verfassungsrechtliche Auftrag wäre nicht mehr auch nur annähernd zu erfüllen, wenn das Land die Zahl der Medizinstudenten halbiert. Deshalb brauchen wir die beiden Universitätsklinika in Halle und Magdeburg, ebenso wie ein attraktives „Bildungsland“ Sachsen-Anhalt mit Kinderbetreuung, Kunst, Kultur und Sport.

Grundforderungen des DGB Sachsen-Anhalt sind:

- **Kürzungen im gesamten Bildungsbereich lehnen wir strikt ab.**
- **Wir brauchen eine angemessene und ausreichende Finanzierung von Kita, Schule, Forschung und Lehre wie Kunst, Kultur und Sport.**
- **Sachsen-Anhalt ist ein attraktiver Universitäts- und Hochschulstandort mit wissenschaftlicher und wirtschaftlicher Anerkennung weltweit. Dies muss so bleiben, um Fachkräfte hier auszubilden und zu halten.**
- **Zur Behebung der strukturellen Unterfinanzierung braucht es eine deutliche Verbesserung der Einnahmesituation – durch eine höhere Besteuerung von Unternehmensgewinnen, von hohen Einkommen und großen Vermögen.**



Hochschulentwicklung in Sachsen-Anhalt:

Der Wissenschaftsrat schreibt, wir studieren und streiten

Im Strandkorb raschelt es? Wieso? Was raschelt? Das Geld – falls der Korb in Kampen (Sylt) steht. Ist sein Platz jedoch am Süßen See, so hat sich eine Brise in den Hochschulpapieren des Wissenschaftsrates verfangen. Und es ist kein Geheimnis: Man möchte die Körbe vertauschen.

Überfällige Absichten

Natürlich: Wie der Mensch sich nicht nur gern im Strandkorb sieht, sondern auch im Zentrum der Welt – welch existenzieller Antrieb ist das für uns, sehen Hochschulen ihren Platz inmitten wissenschaftlicher, technischer, gesellschaftlicher Systeme. „Deutschland ist von der Leistungsfähigkeit und Kreativität seines Wissenschaftssystems fundamental abhängig, als Industrie- und Technologiestandort ebenso wie in allen gesellschaftlichen Bereichen.“ so formuliert es der Wissenschaftsrat.¹ Um daraus abzuleiten²: „Hochschulen spielen im Wissenschaftssystem eine konstruktive Rolle“. „Die Betreuung der Studierenden muss verbessert werden ...“. „Die Durchlässigkeit innerhalb des horizontal differenzierten Hochschulsystems muss verbessert und Übergangshürden zwischen den Hochschultypen müssen abgebaut werden“. „Attraktive Entwicklungsmöglichkeiten für wissenschaftliches Personal zur Überwindung der seit Jahren kritisierten [...] Personalstruktur, insbesondere an den Hochschulen, sind essentiell. Daher sollten (1) in größerem Umfang attraktive Stellen eingerichtet werden, die dauerhaft finanziert, angemessen vergütet, unabhängig ausgestaltet, mit klaren Entwicklungsperspektiven verbunden und offen für Schwerpunktsetzungen in den unterschiedlichen Leistungsdimensionen sind; (2) die sehr hohe Befristungsquote beim wissenschaftlichen Personal sinken und (3) das Tarif- und Arbeitsrecht für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler überprüft werden“. „Eine verlässliche Erhöhung der Grundfinanzierung der Hochschulen ist erforderlich“. Damit wird die Richtung beschrieben, in die der Wissenschaftsrat Bund und Länder zu lenken gedenkt. Einen Kompass dafür schlägt der Wissenschaftsrat ebenfalls vor, nennt diesen „Zukunftspakt“ mit Empfehlungen³ wie „Weiterer Ausbau der Quantität und Qualität von Lehre und Nachwuchsqualifizierung ...“, darunter speziell „Deckung der wachsenden Studiennachfrage durch Schaffung zusätzlicher Studienplätze, jeweils zeitnah angepasst an aktuelle Berechnungen zur Nachfrage durch die KMK“ oder „jährliche Aufwüchse in der Grundfinanzierung der Hochschulen, die angesichts des weiter wachsenden Aufgabenspektrums der Hochschulen um mindestens einen Prozentpunkt oberhalb der erwartbaren wissenschaftsspezifischen Tarif- und Kostensteigerungen liegen sollten“. Das sind zugleich sachbezogene wie erstaunliche, für Mitglieder sachsen-anhaltischer Hochschulen durchaus überraschende Anregungen zur Organisation von Arbeitsbedingungen und Arbeitsatmosphäre an Universitäten und Fachhochschulen, eine Morgengabe für die Realität, gefolgt von Erwartung, von Hoffnung nach vorgestern – in die Lebendigkeit der aktuellen Koalitionsvereinbarung dieser Landesregierung, dort steht sinngemäß: Es wird in dieser Legislaturperiode darauf ankommen, die

Hochschulen weiter leistungsfähig zu erhalten und im zunehmenden Wettbewerb zu stärken. Das haben die seit Jahren nicht auskömmlich finanzierten Hochschulen verdient (zu denken ist etwa an die Zahl flächenbezogener Studienplätze und die Zahl der Studierenden), wie im Koalitionsvertrag ebenfalls erkannt wurde: Ein funktionstüchtiges Hochschulsystem erfordert eine aufgabengerechte angemessene Finanzausstattung.

Hochschule: auf Dauer angelegt

Fein, so meine ich im Strandkorb, jetzt muss nur noch abwägendes Nachdenken zu einer realen Unternehmung werden, welche die Hochschulen als Entwicklungspotenzial des ganzen Landes begreift. Doch da stürmt ein Hedgefonds auf den Strandkorb zu mit seiner Wahrheit: Es gibt nur drei Gruppen von Hochschulen, zu viel, zu teuer und viel zu teuer. Das ist die Logik des Geldsacks – schnell fett werden. Erfolge an Hochschulen hingegen dauern, oft länger als eine Legislaturperiode, ihre Wirkungen – bis hin zu einer effizienten Technologie, falls die überhaupt entsteht – ebenfalls. Deshalb ist die Politik durchaus geneigt, Hochschulen für wenig messbar und leichthin verfügbar zu halten, zumal Schäden nach Beeinträchtigung von Hochschulentwicklung gewöhnlich erst langfristig eintreten, dann aber nicht oder nur mit riesigem Aufwand behebbar sind.

Der Wissenschaftsrat über die hiesigen Hochschulen

Also ist es nicht weit zu der Vermutung, Hochschulen würden mit weniger Finanzen als derzeit auch noch ordentlich zurechtkommen – oder sogar besser als bisher, weil doch Not erfinderisch mache? Schließlich sei Sachsen-Anhalt mit der Finanzierung seiner Hochschulen irgendwie überfordert. Solche Thesen zu begründen, sie als Basis politischen Handelns zu positionieren und sie mit Wesenszügen der Hochschulen zu verbinden, hatte die Landesregierung beim Wissenschaftsrat eine Begutachtung des Hochschulsystems in Auftrag gegeben. Das Gutachten⁴ liegt jetzt vor. Es beschreibt, begründet und bewertet, und der zuständige Minister hat angekündigt, bis zum Jahresende das Hochschulkonzept der Landesregierung vorlegen zu wollen. Also sind Wachsamkeit und Öffentlichkeit geboten. Zugleich ist festzustellen: Genau dieser Wissenschaftsrat hat die eingangs zitierte Analyse des Wissenschaftssystems vorgelegt, hat auf die wechselseitige Verantwortung von Gemeinwesen und Hochschule füreinander verwiesen und Sachsen-Anhalt keineswegs von den daraus resultierenden Pflichten ausgenommen – warum auch?

Die Wege durch das Gutachten des Wissenschaftsrates sind gewiss vielgestaltig – und werden für Hochschulmitglieder häufig mit dem eigenen Institut und dessen Einordnung in Fachgebiet und Fachbereich starten. Hier werden einige summarische Bewertungen des Wissenschaftsrates vorgelegt als Anregung dazu, sich Details zu erschließen und diese zu beurteilen:

1. Die Universitäten und Fachhochschulen konnten – gemessen an der Zahl der Studienanfängerinnen und Studienanfänger – ihren Auftrag zur Sicherung eines chancen- und bedarfsgerechten Hoch-

schulzugangs im gesamtdeutschen Hochschulsystem eindrucksvoll erfüllen.

- Die Universitäten haben ihre Wettbewerbsfähigkeit in den Natur- und Geisteswissenschaften [Halle] sowie in den Ingenieurwissenschaften und der Medizin [Magdeburg] verbessert.
- An den Fachhochschulen wurden Kompetenzzentren eingerichtet, von denen starke Impulse für die Vernetzung mit der regionalen Wirtschaft ausgehen.
- In einer Gesamtbetrachtung bleibt das sachsen-anhaltische Hochschulsystem – auch im Ländervergleich – noch hinter seinen Möglichkeiten zurück. Seine höhere Leistungsfähigkeit würde auch die demografische Entwicklung des Landes positiv beeinflussen – was aber die Beibehaltung der derzeitigen Studienkapazitäten erfordert.
- Als wesentlich für eine Leistungssteigerung des Hochschulsystems werden die schärfere wissenschaftliche Profilierung der Hochschulen sowie die stärkere Nutzung verschiedener Möglichkeiten zur Kooperation angesehen.

Gegen einige der Vorschläge des Wissenschaftsrates hat sich bereits heftiger Widerstand geregt: „Darüber hinaus wird empfohlen, die Lehramtsausbildung an der Universität Magdeburg sowohl für allgemeinbildende als auch für berufsbildende Schulen bis 2020 zu schließen und an der Universität Halle zu konzentrieren.“ [siehe Seite 12 von (*).]

„Die Fakultät für Humanwissenschaften [an der Otto-von-Guericke-Universität] sollte im Zuge [von] Umstrukturierungsmaßnahmen geschlossen werden.“ [siehe Seite 162 von (*).] „Was die Vorklinik [an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg] anbetrifft, würde sie an den Standort Magdeburg verlagert.“ [siehe Seite 96 von (**)].

Was tun wir jetzt und warum?

Ungeachtet vieler Einzelheiten: Die Empfehlungen des Wissenschaftsrates sind als Ausgangspunkt für eine Strukturdebatte, für eine Analyse von Kooperationsansätzen zu lesen. Mit solchen Vorhaben ist kein Geld zu „sparen“, die kosten Geld. Und sollen sich denn zukünftig Hochschulprofile eher zufällig durch Stellenstreichungen nach Altersgründen und aus dem Fehlen von Neubesetzungen ergeben?

Die Liste weiterer Fragen zur Analyse der Hochschulstruktur könnte eröffnet werden mit: Woher sollen demnächst Mediziner und Pädagogen und andere Akademiker in ausreichender Zahl und Qualität kommen?

Wer bewertet, ob es sich bei einzelnen Fächern um tatsächliche oder um vermeintliche Schwächen handelt?

Und falls das geklärt ist, soll dann ein „schwaches“ Fach sterben oder sollte es hinreichend gestärkt werden?

Die Diskussion ist längst eröffnet, und sie hat alle Betroffenen einzubeziehen: Hochschulen und ihre Mitglieder, Schulen, Parlamente, Kommunen und Wirtschaft. Anderes schickt sich nicht. Denn Hochschulen sind komplex, und niemand kann sich sicher sein, genau zu wissen, wie Wissenschaft in allen Details und in allen Einflüssen funktioniert.

Prof. Dr. Jürgen Köhler



¹ Wissenschaftsrat: Perspektiven des deutschen Wissenschaftssystems. Braunschweig 12.7.2013; Seite 5.

² Ebenda, Seite 8 ff.

³ Wissenschaftsrat: Zukunftspakt für das Wissenschaftssystem. Berlin 15.7.2013; Seiten 1 ff.

⁴ Siehe beispielsweise

(*) Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur Weiterentwicklung des Hochschulsystems des Landes Sachsen-Anhalt. Braunschweig 12.7.2013

oder

(**) Wissenschaftsrat: Stellungnahme zur weiteren Entwicklung der Universitätsmedizin der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Braunschweig 12.7.2013.

Die ab jetzt genannten Fakten aus dem Gutachten des Wissenschaftsrates entstammen diesen beiden Dokumenten; sie werden hier teilweise wörtlich, teilweise sinngemäß wiedergegeben



Foto: Hans-Dieter Klein

Der Demonstrationzug bewegte sich am 3. Juli 2013 zur Kundgebung der 7.000 auf dem Universitätsplatz in Halle.

Die Meinung: Seminar und Sandsäcke

Diejenigen Kinder, von denen Grönemeyer in der Hitparade sang, ihnen solle die Macht gehören, sind inzwischen in der Jugendfraktion angekommen. Sie sitzen jetzt in Hörsälen, pflegen Alte oder bauen Brücken – doch selten nur sitzen sie in Parlamenten.

Falls ihnen der Sinn nach Entscheidungen steht, so können sie lesen, was Parlamentarier in Ausschüssen geplant oder wahlkampfkurzfristig mit der Zukunft vorhaben. Hier könnte mit Einsicht oder mit Anmaßung, mit Lebensweisheit oder mit Beeinflussung, mit Bildung oder mit Größenwahn argumentiert werden, je nachdem, was als überreich vorhanden oder als dringend aufzupäppeln gilt. Ungerecht ist diese Lage allemal: Betroffene, von Zukunft reichlich Betroffene, die ihre Aussichten in den Händen halten wollen und sollen, müssen sich Bedingungen für ihre Entwicklung vorschreiben lassen – und möchten doch so gern sagen, was ihnen wichtig ist: Was können wir lernen? Wo können wir studieren? Wie können wir leben? Von solchen Fragen wurden die jungen Leute in den vergangenen Wochen auf Straßen und Plätze getrieben – wohin sonst, wenn gemeinsames Nachdenken über derart Wichtiges wie Bildung erst erzwungen werden muss.

Erstaunliches geschah: Mit den Demonstrationen an Nachmittagen begann, wie sonst an jedem frühen Morgen, eine neue Zeit, eine, die breite Solidarität mit denen bezeugt, die sich für ihre Hochschulen, für Bildung und für

Kultur einsetzen – mit Leitsätzen wie HALLE BLEIBT und MAGDEBURG WILL(S) WISSEN, und klar, MERSEBURG auch; unbedingt bedarf DESSAU der Kultur und EISLEBEN sowieso. Durchweg Metaphern für regionale Probleme und zugleich relevante Daten für die Sachsen-Anhalt-Formel: Wir sind der Souverän.

Mit diesem Anspruch begegneten die Demonstranten manchem führenden Politiker; von denen wurden daraufhin Schmeicheleien ausgegossen: Wunderbar seien diese Aberworte. So stelle sich gelebte Demokratie dar. Damit bewähre sich die Freiheit des Wortes. Um hernach trotz festzustellen, gekürzt wird aber doch.

Zeitgleich geschah dann Bemerkenswertes: Die Landesregierung beschloss gegen alle Widerstände ein Kürzungskonzept, während eine zunächst geplante Großdemonstration von den Organisatoren abgesagt wurde mit der Erläuterung, zuerst müsse das Versinken von Sachsen-Anhalt im Hochwasser verhindert werden, um danach die Bildung retten zu können. Die Demonstranten hatten die Erwartung, auf ernsthafte Auseinandersetzung mit Verantwortlichen zu treffen, um von diesen einbezogen zu werden in die Vorbereitung von Entscheidungen. Doch sie trafen immer nur auf die eigene Wut; und sie sahen keine Chance, Vertrauen wachsen zu lassen. Denn sollte sich ein Regierungsrat aufmachen, die Kernkompetenz „Kommunikation“ bei der

Landesregierung zu entdecken – dieser Rat müsste sich voller Grausen abwenden: so hat die Landesregierung unlängst den nötigen Disput ersetzt durch die Erfindung „mittelmäßiger Hochschulen“? Der Schaden derartiger Diffamierung wird nur schwerlich zu beziffern sein, hält jedoch mindestens so lange an wie Hochwasserschäden. Hochschulen wirken eben wesentlich länger als legislatureprägte Politik sich das vorstellen möchte.

Mit Sandsäcken in den Händen haben Studentinnen und Studenten gezeigt: Die Hochschulen des Landes befinden sich in der Mitte der Gesellschaft, und sie befördern die Entwicklung dieser Gesellschaft durch ihre spezifische Verantwortung für Studium und Lehre, für Forschung und Gesundheit. Also wollen sie beteiligt werden, wenn demnächst im Parlament ihre Finanzen verhandelt werden, wenn der zuständige Minister bis Jahresende seinen Grundriss der Hochschulstruktur vorlegen will – auf der Basis der vom Wissenschaftsrat vorgelegten Analyse? Auf diese Beteiligung werden sich die Mitglieder der Hochschulen gründlich vorbereiten, auch in den Seminaren zur Eröffnung des kommenden Wintersemesters – etwa zum Thema „Mein Studiengang, mein Fachbereich, meine Hochschule, mein Vorschlag zur Zukunft von Bildung und Kultur“.

Prof. Dr. Jürgen Köhler

Erfahrungen aus dem Vorbereitungsdienst: Ausbildung in 16 Monaten ist machbar

Anlässlich unserer Beendigung des Vorbereitungsdienstes des Lehramtes an Förderschulen möchten wir Stellung nehmen und ein Fazit aus 16 Monaten Vorbereitungsdienst im Land Sachsen-Anhalt ziehen.

Stress, Schlafmangel, Überbelastung, zu hohe Anforderung, Burnout-Prognosen, fehlende Entspannung, Abbruch sozialer Kontakte und weitere abschreckende und demotivierende Aussagen hingen zu Beginn wie ein Damoklesschwert über uns. Dadurch entstanden Selbstzweifel und die ständige Frage „Wie sollen wir das schaffen?“ Damit nachfolgende Jahrgänge nicht ebenso verängstigt ins Berufsleben starten, möchten wir hiermit zum Ausdruck bringen: 16 Monate Vorbereitungsdienst sind machbar.

Trotz großer persönlicher Anstrengung und Belastungen, die phasenweise im Grenzbereich lagen, sowie Engagement für Schule und Seminar fand sich auch Zeit für außerschulische Aktivitäten. In allen Phasen des Vorbereitungsdienstes wurden wir von unseren Seminarleitern gefordert und zugleich so bestärkt, dass ein erfolgreiches Bestehen für alle möglich wurde. Sie investierten zum Teil über das zu erwartende Maß hinaus zusätzliche Zeit und Kraft in unsere Ausbildung.

Sicherlich stellte uns der Vorbereitungsdienst

vor Herausforderungen und Hürden. Diese aber müssen genommen werden, um eine gestärkte Lehrerpersönlichkeit herauszubilden und um in einem realistischen Maß auf den Berufsalltag vorbereitet zu werden. Auch wenn wir nicht in allen Anforderungen einen direkten Zusammenhang zu unserer späteren beruflichen Tätigkeit erkennen konnten, halfen uns diese doch bei der Entwicklung eines angemessenen Zeitmanagements.

Nicht zu vergessen ist die Bedeutsamkeit der Mentoren. Auch deren Rolle bereitete uns zu Beginn Ungewissheit. Ängste, wie allein gelassen oder auch eingeengt zu werden und nicht die nötige Unterstützung zu erfahren, begleiteten uns in den Start des Vorbereitungsdienstes. Natürlich fanden wir unterschiedliche Charaktere und unterschiedliche Formen der Unterstützungen bei unseren Mentoren vor, aber insgesamt blieben diese Ängste nur Befürchtungen. Andernfalls konnte man Hilfe beim Hauptseminar einholen.

Im Gegensatz zu unserer seminaristischen Ausbildung ließ die universitäre Ausbildung eine Verquickung von Theorie und Praxis vermissen. Warum können diese beiden Ausbildungsgebiete nicht aneinander angeglichen werden? Wünschenswert wäre beispielsweise gewesen, wenn eine einheitliche schriftliche Planung von

Unterricht sowohl auf Seite der Universität als auch auf Seiten des Seminars vorgenommen worden wäre und sich die Ausbildung stärker auf schulische und unterrichtliche Phänomene bezogen hätte. Warum wurden wir erst in der zweiten Phase der Ausbildung vertraut mit Schlagwörtern wie Sequenzenplanung, Lerntheke, Anbahnung von prozessbezogenen Kompetenzen sowie der Aufbereitung von Unterrichtsmedien? Zudem erachten wir es als Aufgabe der Universität, Studienanfänger sinnvoll in den gesuchten Fächern und auch Fachrichtungen einzusetzen.

Nichts desto trotz haben wir beide Stufen der Ausbildung bewältigt, um nun der schwierigen Arbeitsplatzsituation in Sachsen-Anhalt gegenüberzustehen. Durch die vorgezogenen Stellen haben glücklicherweise viele von uns ein Angebot erhalten. Doch auch dieses ist mit Wohnortwechsel, langen Fahrzeiten und fach- sowie fachrichtungsfremdem Unterricht verbunden. Die Frage, wie viele Stellen es für den nächsten Bewerbungszeitraum geben wird, bleibt offen. Vermutlich werden wieder viele junge, engagierte und kompetente Lehrerinnen und Lehrer das Bundesland Sachsen-Anhalt verlassen.

Der Ausbildungsjahrgang
April 2012, Förderschule, Halle

GEW-Broschüre zum Vorbereitungsdienst: Ausbildung für eine gute Schule

Die neu aufgelegte umfangreiche Broschüre des Vorstandsbereiches Hochschule/Forschung/Lehrerbildung mit dem Titel „Ausbildung für eine gute Schule“ gibt einen Überblick über die Inhalte des Vorbereitungsdienstes in Sachsen-Anhalt und verknüpft sie mit einem Wegweiser

für die jungen Kolleginnen und Kollegen in der Zweiten Phase. Von einem „Lexikon der Ausbildung“ über Tipps zu Versicherungsfragen und zum Rechtsschutz bis hin zu Kontaktdaten für „Hilfesuchende“ findet man alles in diesem unverzichtbaren Kompendium.

Die neueste Fassung der Verordnung über den Vorbereitungsdienst und die Laufbahnprüfung für ein Lehramt im Land Sachsen-Anhalt komplettiert den Inhalt.

Kontakt zum Bezug: Katja.Kaemmerer@gew-lsa.de



Literatur-Tipp: Schulrecht für die Grundschule

Günther Hoegg; Lehrerbücherei Grundschule, Schulrecht für die Grundschule; Buch mit Kopiervorlagen über Webcode; Cornelsen: Scriptor, ISBN: 978-3-589-16201-7, 16,50 EUR

Was dürfen Lehrerinnen und Lehrer eigentlich und wozu sind sie rechtlich verpflichtet? Das Buch „Schulrecht für die Grundschule“ klärt die wichtigsten Themen – unter anderem Sorgerecht bei unklaren Familienverhältnissen, Nachteilsausgleich und Inklusion, Pflichten

beim Verdacht auf Verwahrlosung, Aufsichtspflicht und Versicherung.

Der Autor erläutert diese und andere Problemfälle des Schulalltags kurz, pragmatisch praxisnah und ohne allzu viel Fachchinesisch. Beispiele von braven und schwierigen Schülerinnen und Schülern veranschaulichen die Darstellungen. Checklisten (u.a. für Legasthenie und Dyskalkulie) und Kopiervorlagen ergänzen das Buch. Sie erleichtern die Arbeit und geben Lehrkräften und pädagogischen Mitarbeitern an Grundschulen rechtliche Sicherheit.

Allerdings, und der Hinweis fehlt im Buch, sind natürlich die landesrechtlichen Regelungen zu beachten. Die setzen zwar die allgemeinen Rechtsgrundlagen nicht außer Kraft, enthalten jedoch u. U. weitere spezifische Regelungen, Checklisten und Formulare, die entsprechend verwendet werden sollten (u.a. für Sachsen-Anhalt die „Richtlinie zur Verabreichung von Medikamenten an allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen“ oder der Erlass „Umgang mit Schulverweigerung“).

Eva Gerth



Literatur-Tipp: Baustelle Hochschule

Andreas Keller, Doreen Pöschl, Anna Schütz (Herausgeber); Baustelle Hochschule. Attraktive Karrierewege und Beschäftigungsbedingungen gestalten. W. Bertelsmann Verlag 2013; 232 Seiten; ISBN: 978-3-7639-4373-9, 29,90 Euro

Das Betreten einer Hochschule ist in der Regel weder verboten, noch wird vor Gefahren gewarnt. Und dennoch kann von der „Baustelle Hochschule“ gesprochen werden: Die aktuellen Debatten an deutschen Hochschulen um Effizienz, Qualität und Ressourcenmana-

gement ähneln frappierend denen bekannter Großbaustellen. Themen wie Autonomie und Exzellenz von Hochschulen, Studiengangreform oder Drittmittelwerbung drängen die Frage nach einer Reform von Karrierewegen und Beschäftigungsbedingungen ebenso in den Hintergrund wie sie ihre Dringlichkeit steigert. Auf der 6. Wissenschaftskonferenz der GEW wurden aus dem personalpolitischen Blickwinkel die Karrierewege und Beschäftigungsbedingungen von WissenschaftlerInnen an deutschen Hochschulen hinterfragt. Aus unterschiedlichen Perspektiven wurde die Ver-

antwortung von Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Geldgebern hinsichtlich einer aktiven Personalpolitik beleuchtet. Der Tagungsband gibt Einblick in die Beiträge, Workshops und Diskussionen und zeichnet so die Entstehung des „Herrschinger Kodex – Gute Arbeit in der Wissenschaft“ nach.

Der Band kann auch zum Vorzugspreis beim Vorstandsbereich Hochschule/Forschung/Lehrerbildung der GEW Sachsen-Anhalt im Regionalbüro Halle bezogen werden (E-Mail: Katja.Kaemmerer@gew-lsa.de).



Altersteilzeit Mindestnetto: Verfassungsbeschwerde eingereicht

Mit seinem Urteil vom 19. Februar 2013 hatte das Bundesarbeitsgericht die aus unserer Sicht ungerechte Praxis der Berechnung der Mindestnettoeträge für Altersteilzeitgehälter nach einer seit 2008 nicht mehr aktualisierten Mindestnettotabelle des Bundesarbeitsministeriums bestätigt.

In der Urteilsbegründung wird insbesondere auf die Autonomie der Tarifvertragsparteien verwiesen, die pauschalisierte Regelungen treffen könnten und dabei auch so genannte Randunschärfen (wie eben die Abweichung vom zugesicherten Entgelts in Höhe von 83 Prozent des bisherigen Entgelts um mehrere Prozentpunkte) zu akzeptieren wären.

An dieser Stelle liegt der Ansatzpunkt für eine Verfassungsbeschwerde. Durch die Weigerung des Bundesarbeitsministeriums, die Mindest-

nettotabelle den steuerlichen Erleichterungen der letzten Jahre anzupassen, haben sich Unterschiede beim Altersteilzeitentgelt ergeben, die man wohl nicht mehr als „Randunschärfen“ abtun kann.

Die Mindestnettotabelle wird nämlich laut § 5 Abs. 3 Satz 1 TV ATZ nur für Arbeitnehmer angewendet, die vor dem Eintritt in die Altersteilzeit ein geringeres Einkommen als 5.300,00 € hatten. Für die Besserverdienenden mit über 5.300,00 € wird schon immer individuell und nicht pauschal berechnet. Diese Gruppe (die nicht sehr groß sein dürfte) hat alle steuerlichen Vergünstigungen seit 2010 auch auf ihrem Gehaltszettel, während die anderen davon nichts haben. In einer Beispielrechnung lässt sich verdeutlichen, dass eine Differenz von 2,50 € beim Teilzeitbruttoentgelt zu einem

Unterschied von 254,26 € beim Mindestnettoentgelt führt. Dies mag ein Extremfall sein, aber er kann in der Praxis so vorkommen.

Wenn also derartige Auswirkungen des Steuerrechts durch den ATZ-TV hervorgerufen werden, muss man von einer gravierenden Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes sprechen. Das Bundesverfassungsgericht ist jetzt am Zuge, diese Auffassung zu bestätigen und unser Gerechtigkeitsempfinden zu stützen oder letztendlich doch die bisherige Praxis zu zementieren.

Falls die Verfassungsbeschwerde angenommen wird und es zur Verhandlung kommt, wird die GEW Sachsen-Anhalt auch in Karlsruhe vor Ort sein und über den Ausgang des Verfahrens berichten.

Rolf Hamm

Neue Altersteilzeit: Zögerliche Korrektur der Genehmigungspraxis

Der neue Altersteilzeitvertrag aus dem Jahr 2012 hatte große Hoffnungen bei vielen Beschäftigten im Bildungsbereich unseres Bundeslandes geweckt, die mit der restriktiven Genehmigungspraxis der Anträge durch das Kultusministerium in den meisten Fällen bitter enttäuscht wurden.

Inzwischen hat das Kultusministerium schrittweise und auch sehr zögerlich die Genehmigungspraxis korrigiert. Wohl unter dem Eindruck der Arbeitsgerichtsprozesse, die von der GEW unterstützt wurden, sind zunächst die Anträge von Pädagogischen Mitarbeiterinnen, die das 60. Lebensjahr bereits vollendet hatten, auch dann genehmigt worden, wenn die Antragstellerinnen das Blockmodell begehrten. Nun gibt es einen neuen Erlass des Kultusministeriums vom 6. August 2013, der in einigen Fällen noch weiter geht.

Zunächst muss allerdings festgestellt werden, dass dieser Erlass nur für Altersteilzeit gilt, die im Zeitraum vom 01.08.2013 bis 31.07.2014 beginnen soll. Ob die in dieser Zeit geltenden Bestimmungen dann verlängert, wieder verschärft oder noch weiter gelockert werden,

hängt ganz sicher vom Ausgang der laufenden Arbeitsgerichtsverfahren in der Zweiten Instanz und vom Ergebnis eines möglichen Demografie-tarifvertrages ab.

Die Restriktionen bei PM sind mit dem Satz: „Altersteilzeitanträgen von Pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die das 60. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, kann ausnahmslos entsprochen werden.“ ganz vom Tisch. Hier greift der ATZ-TV in vollem Umfang und gerichtliche Auseinandersetzungen werden hoffentlich nicht mehr notwendig sein.

Anders bei Lehrkräften. Wer das 60. Lebensjahr noch nicht erreicht hat, muss weiterhin mit der strikten Ablehnung seines Antrages rechnen. Dort steht die GEW auch in Zukunft ihren Mitgliedern zur Seite, wenn sie ihren Anspruch auf Altersteilzeit gerichtlich durchsetzen wollen.

Wer als Lehrkraft das 60. Lebensjahr vollendet hat, kann nun damit rechnen, dass „den privaten Interessen der Antragstellerinnen und Antragsteller eine höhere Bedeutung beigegeben wird.“ Nur wenn das Landesschulamt in der Lage ist, die „Unersetzlichkeit“ der

Lehrkraft schlüssig zu begründen, wird es noch Ablehnungen geben. Dabei kommen nun auch endlich alle drei im ATZ-TV vorgesehene Modelle einschließlich des Blockmodells zum Tragen.

Funktionsstelleninhabern, die nicht Schulleiterin oder Schulleiter sind, soll mit Vollendung des 60. Lebensjahres zwar auf Antrag Altersteilzeit gewährt werden, aber nach wie vor nur im linearen Modell. Für Schulleiterinnen und Schulleiter bleiben nahezu alle bekannten Restriktionen bestehen. Altersteilzeit soll sowohl vor, als auch ab dem 60. Lebensjahr verwehrt werden. Ausnahmen sollen nur dann zugelassen werden, wenn nach der aktuellen Schulentwicklungsplanung klar ist, dass die Schule keinen Bestand hat.

Für die GEW bedeuten diese Veränderungen zwar einen Schritt in die richtige Richtung. Sie reichen aber keinesfalls aus, um auf arbeitsgerichtliche Auseinandersetzungen verzichten zu können, wenn unsere Mitglieder gegen Ablehnungen ihrer Anträge vorgehen wollen.

Rolf Hamm

Neustrukturierungen beim IB: Mitglieder gespannt auf Veränderungen

Die Verunsicherungen sind in den Gesichtern abzulesen: Wie geht es ab dem 1. Januar 2014 weiter? Mit dieser Frage beschäftigte sich der erste „IB-Stammtisch“ am 25. Juli 2013 in Halle. Die Kolleginnen und Kollegen tauschten sich über die offiziellen Mitteilungen und deren Informationscharakter aus. Welche Standorte sind profitabel genug und passen in das künftige Unternehmensgebilde des Internationalen Bundes, einem der größten Anbieter von „Jugend-, Sozial- und Bildungsarbeit“ in Deutschland.

„Mehr als 11.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unterstützen in 700 Einrichtungen an 200 Orten jährlich über 350.000 Jugendliche und Erwachsene.“ In Sachsen-Anhalt sind die Kolleginnen und Kollegen in Kindereinrichtungen, der Behindertenhilfe, in JVA's oder in Einrichtungen des Migrationsdienstes beschäftigt.

Immer wieder wird in den offiziellen Verlautbarungen die wirtschaftliche Perspektive von Standorten als grundlegende Voraussetzung genannt. Doch woran wird diese gemessen? An vielen Standorten sind die Synergien der verschiedenen Bereiche nur durch eine enge Zusammenarbeit dieser möglich. Von ähnlichen Planspielen in anderen Bundesländern berichtet Jens Dietrich, Betriebsratsmitglied aus Halle. Fällt nun ein Teil weg, wird der Rest damit auch ein Problemfall. Bisher betonte der Arbeitgeber, dass mit der Gründung der neuen IB Mitte GmbH keine Kündigungen verbunden sein werden. Nur wenn Projekte auslaufen, werden die befristeten Arbeitsverträge beendet. Doch die Zeit drängt. Bis Ende November muss jeder Beschäftigte schriftlich über die wirksamen Veränderungen ab 1.1.2014 informiert werden, damit er seine Zustimmung oder Ablehnung fristgerecht erklären kann.

Auffallend ist nur, dass die Geschäftsführung immer wieder betont, einvernehmlich mit den Sozialpartnern einen gültigen Tarifvertrag bereits zum Start abgeschlossen haben möchte. Nur zu Gesprächen haben sich die beiden Seiten noch nicht getroffen – es gibt bisher keine der GEW bekannten Verhandlungstermine. Deshalb ist Skepsis angebracht, ob die ehrgeizigen Unternehmenspläne tatsächlich gemeinsam mit den Beschäftigten verwirklicht werden sollen. Die aktuellen Entwicklungen werden auch im Mittelpunkt des nächsten IB-Stammtisches am 9. Oktober 2013 um 17.00 Uhr in Halle stehen. Bis dahin hoffen alle auf konkrete Aussagen zur kommenden neuen Beschäftigungssituation – der Countdown läuft.

Ulf Collasch,
VB Erwachsenenbildung

Reisekosten bei SCHILF:

LISA hat letztendlich doch gezahlt

„Grundsätzlich werden Reisekosten bei SCHILF nicht gezahlt.“ Dies hatte mir das Landesschulamt auf meinen Antrag zu Erstattung der Reisekosten bei einer SCHILF am Anfang des letzten Schuljahres schriftlich mitgeteilt. Auch das LISA wollte zunächst nicht zahlen. Nachdem ich alle Belege beigebracht hatte (u.a. den Aushang aus dem Lehrerzimmer zur Anordnung der SCHILF und die Bestätigung des LISA für diese SCHILF), hat es noch ein halbes Jahr gedauert, bis man sich zur Zahlung durchgerungen hat. Damit hat man eingesehen: Werden Reisekosten dienstlich veranlasst,

muss der Dienstherr auch dafür aufkommen. Inzwischen gibt es einen neuen Fortbildungserlass „Die Schule als professionelle Lerngemeinschaft“. Im Punkt 4 über das Verfahren bei „Systembezogener Fortbildung auf Schulebene“ wird festgelegt, dass die dafür vorgesehenen Haushaltsmittel ausschließlich für die Honorare der Referenten und für deren Reisekosten verwendet werden dürfen. Gleichzeitig wird im selben Punkt empfohlen, dass zwei oder mehrere Schulen die systembezogene Fortbildung gemeinsam durchführen. Es ist klar, dass bei unserer ausgedünnten

Schullandschaft dann auch Reisekosten für Lehrkräfte entstehen.

Die Personalräte jeder Schule, die eine solche Fortbildung plant, müssen unbedingt vorher mit der Schulleitung klären, wie die Reisekosten der Teilnehmer erstattet werden. Auf das LISA hoffen kann man nach geltendem Erlass nicht, aber wirksam auf Reisekosten verzichten können Lehrerinnen und Lehrer auch nicht. Notfalls müssen die Schulpersonalräte bei ungeklärter Reisekostenfrage dann die Zustimmung zu solch einer SCHILF verweigern.

Rolf Hamm

Beträchtliche Resonanz:

Rentenwirksame Landlehrerzulage

Die GEW Stendal hat mit ihren Aktivitäten zur Rentenwirksamkeit der ehemaligen Landlehrerzulage beträchtlich dazu beigetragen, dass eine ganze Reihe von Lehrkräften inzwischen bei ihrer Rente profitieren. Trotzdem gibt es immer noch viele Mitglieder, denen wir bisher nicht helfen konnten. Im Folgenden fassen wir die wichtigsten Informationen dazu zusammen.

Die Anträge „Zusätzliche Geldleistungen an Landlehrer“ sind an die Deutsche Rentenversicherung zu stellen, insbesondere an den „Versorgungsträger Zusatzversorgungssysteme, Hirschberger Straße 4, 10317 Berlin“. Dafür gibt es einen Vordruck, der bei der angegebenen Adresse erhältlich ist.

Mit diesem Vordruck muss zusätzlich der Nachweis erbracht werden, dass man hauptamtlich als Lehrer gearbeitet hat (Arbeitsvertrag), dass der Dienort als Landort mit erschwerten Bedingungen für die Bildungs- und Erziehungsarbeit galt (amtliche Bescheinigung vom Arbeitgeber, der Gemeinde oder vom Landratsamt) und dass der Hauptwohnsitz ein Landort mit erschwerten Bedingungen für die Bildungs- und Erziehungsarbeit war (amtliche Bescheinigung vom Arbeitgeber, der Gemeinde oder vom Landratsamt). Der Nachweis muss den Zeitraum der Geltung beinhalten.

Geeignet für den Nachweis sind auch die Lohnstreifen Oktober mit der zusätzlichen Zahlung von 250 bzw. 400 Mark oder Ein-

stufungsbescheide, aus denen ersichtlich ist, dass die Zulage (oder später ab 1981 der Ausgleich dafür) gezahlt worden ist.

Wenn alle diese Nachweise mangels eigener Unterlagen und fehlender Bescheinigungen nicht mehr gelingen – und das ist leider oft der Fall – dann sollten trotzdem Anträge bei der Rentenversicherung gestellt werden. Der GEW liegen unbestätigte Informationen darüber vor, dass inzwischen die Deutsche Rentenversicherung selbst Überprüfungen vornimmt. Deshalb: Wer Landlehrer war und die Zulage bekommen hat, sollte den Antrag stellen, auch wenn die Nachweise nicht mehr vorhanden sind. Verlieren kann man nichts, nur gewinnen.

Rolf Hamm

Weiterbildung:

Mindestlohn verlängert

Für das pädagogische Personal in Weiterbildungseinrichtungen, die überwiegend Maßnahmen nach SGB II und III durchführen, galt vom 1. August 2012 bis zum 30. Juni 2013 ein allgemeinverbindlicher Mindestlohn. Jetzt wurden diese Regelungen verlängert und verbessert. Dazu wurde der zwischen der Zweckgemeinschaft des Bundesverbandes der Träger beruflicher Bildung und den Gewerkschaften GEW und ver.di abgeschlossene Branchentarifvertrag vom 14. Februar 2013 durch das Bundeskabinett am 26. Juni 2013 für allgemeinverbindlich erklärt.

Mindestlöhne steigen

Für Westdeutschland und Berlin gilt ab 1. Juli 2013 wie bisher eine Lohnuntergrenze von 12,60 Euro und für Ostdeutschland von 11,25 Euro. Diese Beträge steigen am 1. Januar 2014 auf 13,00 Euro in Westdeutschland und Berlin sowie auf 11,65 Euro in Ostdeutschland. Eine weitere Steigerung gibt es zum 1. Januar 2015 auf 13,35 Euro in Westdeutschland und Berlin sowie auf 12,50 Euro in Ostdeutschland. Der Mindesturlaubsanspruch steigt auf 29 Tage. Die Allgemeinverbindlichkeit läuft bis zum 31. Dezember 2015.

Ruinöser Wettbewerb

Ziel des Mindestlohnes ist es, den ruinösen und auf den Rücken der Beschäftigten ausgetragenen Unterbietungswettbewerb zu mildern. Die Branche ist durch die massive Kürzung der Mittel im Bereich der Maßnahmen nach SGB II

und III gebeutelt. Dieser Prozess hat mit den so genannten HARTZ-Reformen begonnen und wird seitdem durch kontinuierliche Mittelstreichung fortgeführt. Tarifgebundenen Trägern, soweit es sie überhaupt noch in dieser Branche gibt, ist es fast unmöglich geworden, neue Ausschreibungen zu gewinnen, da die Regionaldirektionen und Agenturen auf den Preis, statt auf gerechte Arbeitsbedingungen achten. So konnten Dumpinganbieter die Zuschläge erhalten, die den Preisdruck umgehend an die Beschäftigten weitergegeben haben. Dies hat zu einer Abwärtsspirale hinsichtlich der Vergütungen geführt. Tarifgebundene Unternehmen mussten diverse Notlagenvereinbarungen mit der GEW schließen.

Branchenregelung gefordert

Bereits frühzeitig haben sich die Gewerkschaften GEW und ver.di auf das Ziel eines Branchentarifvertrages Weiterbildung verständigt. Erste Schritte in diese Richtung gab es bereits im Jahr 2003. Doch war es nicht leicht, diesen Tarifvertrag mit der tariffähigen Zweckgemeinschaft von Mitgliedsunternehmen des Bundesverbandes der Träger beruflicher Bildung (Bildungsverband) e.V. auszuhandeln. Die nächste Schwierigkeit war es, die Branche ins Arbeitnehmerentendengesetz aufzunehmen und anschließend das Verfahren für die Allgemeinverbindlicherklärung erfolgreich zum Abschluss zu führen. Der erste Anlauf im Frühsommer 2009 scheiterte mangels Unterstützung des damaligen Bundesarbeits-

ministers Olaf Scholz (SPD). Erst im Herbst 2010 wurde – unter neuer Bundesregierung – überhaupt eine Entscheidung getroffen, allerdings eine negative.

FDP lehnt Mindestlohn ab

Ein neuer Anlauf wurde im Jahr 2011 gestartet, da im Vermittlungsausschuss zwischen Bundestag und Bundesrat im Zuge der HARTZ IV-Novellierung ein Kompromisspaket geschnürt wurde, zu dem auch ein Mindestlohn in der Weiterbildungsbranche gehörte. Da es anschließend im paritätisch von Arbeitgeber- und Gewerkschaftsvertretern besetzten Tarifausschuss keine Mehrheit für den Tarifvertrag gab, musste eine Entscheidung der Bundesregierung herbeigeführt werden. Nach Versuchen der FDP, dieses Projekt scheitern zu lassen, ist es nach Interventionen doch noch gelungen, dass der Mindestlohn umgesetzt wird. Auch jetzt soll es wieder Versuche seitens der FDP gegeben haben, die Anschlussregelung über den 30. Juni 2012 hinaus zu blockieren.

Ein kleiner Wermutstropfen ist allerdings auch zu vermelden: Die Zweckgemeinschaft hat in der Zwischenzeit den Mindestlohntarifvertrag für das nicht-pädagogische Personal mit Wirkung zum 31. Juli 2013 gekündigt. Für diesen Bereich stehen also neue Verhandlungen an.

Daniel Merbitz

12. Wittenberger Bildungstag: „Zeit für gute Schule.“



Termin: Sonnabend, 14. September 2013, 9.00 bis 14.00 Uhr
Ort: FÖS (LB) „Pestalozzi“, Kreuzstraße 19, Wittenberg

Organisatorisches

Der Bildungstag wurde durch das LISA Halle als Fortbildungsveranstaltung weiterer Träger bestätigt.

Schriftliche **Anmeldungen** bitte bis zum 5. September 2013 an: GEW-Kreisvorstand Wittenberg, Bürgermeisterstraße 2, 06886 Lutherstadt Wittenberg, Tel./Fax: 03491/ 419 743, E-Mail: gew-wittenberg@gmx.de. Eine Anmeldebestätigung erfolgt nicht, die Reihenfolge der Anmeldungen entscheidet.

Tagungsgebühr: 25 €, für GEW-Mitglieder entfällt die Tagungsgebühr. Kaffee- und Imbissangebot während des ganzen Bildungstages

Ablaufplan

8.30 Uhr Verlagsausstellung

9.00/10.00 Uhr Einführungsreferat: „Zeit für gute Schule.“ (Referentin: Eva Gerth, LHPR, stellv. GEW-Vorsitzende)

11.00 – 14.00 Uhr Arbeit in den Arbeitsgruppen

Arbeitsgruppen

AG 1 „Immer mehr zusätzliche Aufgaben? – Rechte und Pflichten von Lehrkräften und Pädagogischen MitarbeiterInnen“ (Eva Gerth, GEW)

AG 3 „Black socks“ – „Auch der Zufall ist nicht unergründlich, er hat eine Regelmäßigkeit“ (NOVALIS, 1797) (Andrea Peter-Wehner, LISA Halle)

AG 4 „Informationen und Erfahrungsaustausch zum überarbeiteten Bildungsprogramm ‚Bildung elementar – Bildung von Anfang an‘ und zum geltenden KiFöG LSA – gültig ab 1.8.2013“ (Dr. Regina Gleichmann, Trainerin/Mediatorin)

AG 5 „Arbeits- und tarifrechtliche Fragen und Fürsorge- und Aufsichtspflichten in Kindertageseinrichtungen“ (Frank Wolters, GEW)

AG 6 „Ohne Eltern geht es nicht – Elternarbeit, Elterngespräche in KITA und GS“ (Christel Albrecht, Dipl. Pädagogin)

AG 7 „Workshop für PM, PMT und BetreuerInnen – Rechte und Pflichten im Arbeitsalltag, tarif- und arbeitsrechtliche Grundlagen sowie aktuelle Probleme (Marlies Wahl, LBPR Halle)

AG 8 „Internetkriminalität“ (Cornelia Dieke, Polizeirevier WB)

AG 9 „Farben pur aus der Natur – was ist damit möglich? – Farben für kleine Künstler, für den Körper und zum Renovieren selber machen (Quarktrommel, Knete, Möbelpolitur) (Michael Schicketanz, Farbenkoch)

AG 10 „Wie filze ich kleine Figuren, z.B. Wichtel oder Schafe?“ (Unkostenbeitrag einplanen) (Marion Mentel, Textilgestalterin)

AG 11 „Wir arbeiten mit Ton: eine schöne Figur“ (Kosten für Ton, Glasur, Brand: 15 €) (Doris Albrecht, GS-Lehrerin i.R.)

AG 12 „Ergometrie am Schreibtisch – Bücken, Heben, Tragen“ – Übungen zur Lockerung der Schulter-Nacken-Muskulatur (Grit Gärtner, Physiotherapeutin)

AG 13 „Körpersprache: Tanz“ (Roswita Porwol, Tanzpädagogin)

AG 14 „Erfahrungsaustausch von GU-Betroffenen“ – moderiert von Heiko Bauer (LV der GEW)

Verbindliche Anmeldung zum 12. Wittenberger Bildungstag am 14. September 2013

Anmeldungen bitte an: GEW-KV Wittenberg, Bürgermeisterstraße 2, 06886 Wittenberg, Fax: 03491 419743, E-Mail: gew-wittenberg@gmx.de (Bitte vollständig und in Druckschrift ausfüllen!)

Name, Vorname:

Anschrift:

Telefon:

E-Mail:

Dienststelle:

GEW-Mitgliedsnummer:

AG-Wunsch 1 (Nr.) AG-Wunsch 2 (Nr.)

Datum: Unterschrift:

GEW-KV Bitterfeld:

19. Bitterfelder Bildungstag



Termin: Samstag, 28. September 2013, 9.00 bis 13.00 Uhr
Ort: Sekundarschule **Raguhn** (neuer Ort)

Programm:

AG 1: Tarif und Recht an der Schule (Schulpersonalräte aller Schulformen) (David Penke, Lehrerhauptpersonalrat)

AG 2: Kinder mit Lern- und Verhaltensschwierigkeiten – Auseinandersetzung mit den Möglichkeiten pädagogischen Handelns; Erfahrungsaustausch (Lehrkräfte, PM) (Karin Kolbe)

AG 3: „Schreibtanzen – Vom Gekritzeln zur Balance“ – Einführung in die Methodik nach dem Schreibtanzen-Prinzip (Wachsmal- oder Buntstifte und bequeme Sachen bitte mitbringen) (Lehrkräfte, PM) (Carola Zain)

AG 4: Dance-Workout (Lehrkräfte, PM, Kita) (Franziska Lawrenz)

AG 5: Die Stimme – was sagt sie aus, wie schone ich sie? (Lehrkräfte, PM) (Jakob Mücksch)

AG 6: Medienkompetenz – Informationen über soziale Netzwerke, Cyber-Mobbing, Computerspiele, u.a. (Lehrkräfte, PM) (Marco Geßner)

AG 7: Gemeinsam kreativ – neue Angebote im Spiel mit Farben, Formen, Materialien, Musik und Sprache (Mitzubringende Materialien: Kalenderblätter Mindestgröße A4) (Kita) (Kerstin Popp)

AG 8: Offene Arbeit – eine Herausforderung für das Team im Hort (Hort) (Frau Spittel)

AG 9: Rechtliche Grundlagen der Fürsorge- und Aufsichtspflicht (Kita) (Frau Osador)

Ergänzungen und weitere Informationen im Internet: www.gew-bitterfeld.de

Schriftliche **Anmeldungen** bis spätestens 19. September 2013 an: GEW-Kreisverband Bitterfeld, Röhrenstraße 27, 06749 Bitterfeld-Wolfen/OT Bitterfeld,

Tel.: 03493/ 22384, Fax: 034954/ 49773, E-Mail: GEW.Bitterfeld@gew-lsa.de (Name, Einrichtung, GEW-Mitglied, Telefon, E-Mail, AG-Wunsch, Ersatz-AG)

Für Mitglieder der GEW wird kein Teilnahmebeitrag erhoben, der Teilnahmebeitrag für Nichtmitglieder der GEW beträgt 25,00 €.

AG „Freie Träger“ der GEW Halle:

Infoveranstaltung zum Wahlvorstand

Die AG „Freie Träger“ der GEW Halle lädt zu einer Informationsveranstaltung für Kolleginnen und Kollegen zu Betriebsratswahlen ein:

Termin: 12.09.2013 von 17 bis 19 Uhr

Ort: Hallesche Urania Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse e.V., Rannische Straße 11, 06108 Halle

Daniel Merbitz (Tarifsekretär der GEW) wird Ansprechpartner sein und alle Fragen rund um das Thema Wahlvorstand beantworten.

Anmeldungen per E-Mail bitte bei Kollegin Kathrin Jentzsch unter betriebsrat@montessori-halle.de. Die Teilnahme an der Veranstaltung ist kostenfrei.

Bildungstag der GEW-Kreisverbände Salzwedel und Stendal: „Burnout – wie kann ich mich schützen?“

Termin: Samstag, 21. September 2013, 8.15 Uhr bis 14.00 Uhr
Ort: Sekundarschule Beetzendorf, Friedrich-Engels-Straße 14, 38489 Beetzendorf

Anmeldung / Organisatorisches:

Der Bildungstag ist als Anerkannte Fortbildung (WT 2013-400-23 LISA) registriert – teilnehmen können alle Interessierten. Schriftliche **Anmeldungen** bitte bis spätestens 9. September 2013 an: GEW-Kreisverband Westliche Altmark Salzwedel, Postfach 32 01 23, 39040 Magdeburg, E-Mail: gew.salzwedel@gew-lsa.de

Ablauf:

8.15 Uhr Anmeldung und Verlagsausstellung
9.00 Uhr Begrüßung, Organisatorisches, Eröffnungsreferat „Burnout – wie kann ich mich schützen?“ (Gerlinde Pokladek)
10.15 Uhr Imbiss und Verlagsausstellung
11.00 Uhr Arbeit in den Arbeitsgruppen mit individueller Pause

Arbeitsgruppen

- AG 1 „Burnout – wie kann ich mich schützen?“ – Tipps zur Burnout-Prävention sollen dazu beitragen, dem Helfersyndrom entgegenzuwirken und eine Verhaltensänderung aufzuzeigen. (PM und Lehrkräfte an Grund-/Förderschulen) (Gerlinde Pokladek)
- AG 2 „Was tun, wenn Schüler stören?“ – Verhaltensmodifikation bei auffälligem Verhalten im Unterricht mit inklusiven Lerngruppen; praxisorientierte Interventionen; lösungsorientierte Perspektiven (ErzieherInnen, PM, Lehrkräfte an Regelschulen) (Kerstin Wierowski)
- AG 3 „Wenn nur noch Chaos im Kopf herrscht“ – praktische Tipps zum Umgang mit wilden Kerlen und Kerlinnen; Theorie zu AD(H)S; Tipps zum Umgang mit Träumeliesern und Zappelphilippen (ErzieherInnen, PM, Lehrkräfte an Regelschulen bis zur 5./6. Klasse) (Dipl.Psychologin Daniela Köppe)
- AG 4 „Zeit und Lernkultur – individuelle Lernzeiten organisieren“ – Modelle der Rhythmisierung; Blockunterricht gestalten – Erfahrungsberichte; Gestaltungsmöglichkeiten individueller Lernzeiten (Lehrkräfte an Sekundarschulen, Gymnasien und BbS) (Heike Szebrat)
- AG 5 „Wie Kinder lernen“ (ErzieherInnen, PM, Lehrkräfte an Grundschulen) (Jutta Körber)
- AG 6 „Aggression bei Kindern in Kita und Grundschule spielerisch lösen“ – Woher rühren Aggressionen? Wie geht es uns als Erzieher und Lehrer dabei? Spielerische Lösung von Konflikten – Hauen ist doof! (ErzieherInnen, PM, Lehrkräfte an Grundschulen) (Christel Albrecht)
- AG 7 „Wenn Kinder anders sind – Ursachen und Umgang mit Verhaltensauffälligkeiten“ – Einblick in Tripple P; Kommunikation mit Kindern, um Grenzen zu setzen; Einbeziehung der Eltern bei den Erziehungsmöglichkeiten (Bitte eine Decke und ein Kissen mitbringen, leichte/bequeme Kleidung) (ErzieherInnen, PM, Lehrkräfte aller Schulformen) (Dr. Romy Beck)
- AG 8 „Nur die Ruhe! – Entspannungsspiele zum Stressabbau für Grundschulkindern“ (Bitte eine Decke und eine Isomatte mitbringen, leichte und bequeme Kleidung) (PM und Lehrkräfte an Grund-/Förderschulen) (Britta Meier)

- AG 9 „Interaktive Schultafeln – Funktionsweise und Nutzung interaktiver Tafelsysteme, Beispiele für die Unterrichtsdurchführung, Erstellen eigener Tafelbilder/Unterrichtsinhalte (bitte Laptop mitbringen, PC-Kenntnisse (MS Word, Exel, Powerpoint) erforderlich) (für jetzige und künftige Nutzer von interaktiven Tafelsystemen in Kita und Schule) (Jürgen Stoof)
- AG 10 „Inklusion einführen – junge Menschen fördern und motivieren“ – Praxisbeispiele einer Integrationsklasse; vielfältige Beeinträchtigungen und Verhaltensauffälligkeiten von Schüler/innen aus der Sicht von Lehrer/innen und Pädagogischen Mitarbeiterinnen im schulischen Alltag gemeinsam bearbeiten (PM, Lehrkräfte an Grundschulen) (Dr. Regina Gleichmann)
- AG 11 „Mathematik entdecken und verstehen – Wie es gelingen kann, dass Kinder die Welt der Mengen und Zahlen für sich entdecken und verstehen“ (Erzieherinnen, PM und Lehrkräfte an Grund-/Förderschulen) (Dr. Stephanie Teumer)
- AG 12 „Baustelle Inklusion – in Bildungseinrichtungen eine inklusive Sprache entwickeln“ – Wie finden wir zu einer respektvollen Sprache, die uns Unterschiede benennen hilft, ohne Abwertungen und Zuschreibungen zu erzeugen? Welche Bezeichnungen sind besser geeignet als andere und warum? Welche Wirkung haben abwertende und diskriminierende öffentliche Diskurse auf Schülerinnen und Schüler, wie bekommen sie diese überhaupt mit? Wie können wir Diskriminierung auf den Punkt bringen, ohne die diskriminierte Gruppe erneut zu stigmatisieren? (ErzieherInnen, PM, Lehrkräfte aller Schulformen) (Andreas Giersch)



Verbindliche Anmeldung zum Altmärkischen Bildungstag am 21. September 2013 in Beetzendorf

Anmeldungen bitte an: GEW-Kreisverband Westliche Altmark, Postfach 32 01 23, 39040 Magdeburg, oder gew.salzwedel@gew-lsa.de (Bitte vollständig und in Druckschrift ausfüllen!)

Name, Vorname:

Anschrift:

.....

Telefon:

E-Mail:

Dienststelle:

.....

GEW-Mitgliedsnummer:

AG-Wunsch 1 (Nr.) AG-Wunsch 2 (Nr.) AG-Wunsch 3 (Nr.)

Datum: Unterschrift:

Literatur-Tipp:

Burnout-Falle Lehrerberuf?

Micaela Peter, Ulrike Peter; **Burnout-Falle Lehrerberuf? Infos, Tests und Strategien zum Vorbeugen, Erkennen, Bewältigen;** Verlag an der Ruhr; 176 Seiten; ISBN: 978-3-8346-23256

Im Vorwort des Buches wird erläutert, dass der Lehrerberuf zu einer Hochrisikogruppe im Zusammenhang mit der Entwicklung einer depressiven Erkrankung oder eines Burnouts gehört. Nicht nur unsere Berufsgruppe ist von psychischen Erkrankungen betroffen. Die Arbeitswelt wandelt sich im Allgemeinen. Darum gibt es das Arbeitsschutzgesetz. Es verpflichtet alle Arbeitgeber – also auch unseren, das Land Sachsen-Anhalt – Prävention zu betreiben. Arbeitspsychologen nennen das Verhältnisprävention. Das ist die eine

Seite der Medaille. Die Verhältnisse an den Schulen müssen sich verbessern, um Stress zu minimieren. Doch leider findet dies genau in Sachsen-Anhalt nicht statt. Unser Arbeitgeber, der Kultusminister, nimmt seine Fürsorgepflicht nicht ernst. Was wir selbst leisten können, ist Verhaltensprävention. Was das bedeutet und wie man es am besten umsetzen kann, ist in diesem Buch sehr gut beschrieben. Es gibt Tests, um zu schauen wo man steht, es werden Anfangssymptome des Burnout beschrieben und es

gibt viele gute Ratschläge, um sein Verhalten zu ändern, um gesund und fröhlich seinem Beruf nachkommen zu können. Das Buch ist für Berufsanfänger geeignet, um von Anfang an zu vermeiden in die Burnout-Falle zu geraten, aber auch für Fortgeschrittene, um den Weg zurück zu finden. Die Verhaltensprävention allein, die zweite Seite der Medaille, reicht leider nicht aus, um vor einem Burnout geschützt zu sein.



Helgard Lange

Die GEW gratuliert nachträglich für August

94 Jahre

Herbert Ziegelmeier, Lingenau

89 Jahre

Rosmarie Senst, Halberstadt

84 Jahre

Heinz Lachmann, Wasserleben

Ingeborg Buchholz, Magdeburg

Dr. Karl Diether Gussek, Halle

83 Jahre

Hannelore Buchheister,
Seehausen

Christina Zaworski, Halle

Albert Vetter, Magdeburg

81 Jahre

Karl-Heinz Rasche, Magdeburg

Gerhard Rose, Aken

Hörst Bößmann, Beendorf

Hannelore Thiele, Sülstorf

Eberhard Krieg, Berlin

Ursula Grogoleit, Magdeburg

80 Jahre

Anneliese Kutzner, Magdeburg

Hannelore Maurer,
Klein Ammensleben

Edith Siegemund,
Dessau-Roßlau

79 Jahre

Hannelore Fichtner, Bad Kösen

Maria Czarnetzki, Burg

Heinz Schewe, Dessau-Roßlau

Gerhard Wieprich, Hettstedt

78 Jahre

Hanna Jahn, Gernrode

Lenelotte Drechsler, Gardelegen

Dr. Hans-Jürgen Storm, Halle

77 Jahre

Heinz Conradus,
Röbblingen am See

Ingrid Stollberg, Magdeburg

76 Jahre

Jürgen Trinkler, Bad Dürrenberg

Margot Rechenberg, Salzwedel

Rosina Beier, Dessau-Roßlau

Inge Weinert, Oschersleben

Klaus Beinhoff, Magdeburg

75 Jahre

Waltraud Schulte, Weißenfels

Hildegard Jäger, Wanzleben

Renate Herold, Wippra

74 Jahre

Christa Ziesecke, Löderburg

Ursula Mädicke, Greppin

Karin Wagner, Schwerc

Melitta Jordan, Rottmersleben

Ursula Baum, Sachau

Helmut Wenzel, Thale

Monika Simons, Schweinitz

Ingrid Höhle, Weißenfels

Ekkehard Wulfänger, Klietz

Waltraud Büschleb, Halle

Kristina Ringel, Halle-Dölau

73 Jahre

Dietmar Müller, Oschersleben

Hannelore Oelmer, Plodda

Karin Preusse, Barneberg

Jutta Hocke, Wischer

Christine Süß, Blankenburg

Iris Schmidt, Wernigerode

Johanna Remahne,
Sandersdorf-Brehna

Bernd Laue, Nauendorf

Elfriede Leber, Zerbst

Lothar Harnisch, Lützen

Bärbel Dauch, Zerbst

Ute Gellrich, Halle

72 Jahre

Peter Thorack, Magdeburg

Dr. Klaus-Eberhard Pabst,
Halle

Rotraud Heise, Oschersleben

Heinz Boguth, Querfurt

Ursula Wilke, Dreileben

Waltraud Unger, Magdeburg

Hannelore Fanenbruck,
Bellingen

Ingrid Thielbeer, Salzwedel

Gernot Faltin, Calbe

Gisela Unger, Oschatz

Rosemarie Köhler, Naumburg

71 Jahre

Dr. Klaus Gebser, Halle

Manfred Werner, Zerbst

Gisela Wabnitz, Eisleben

Gertrud Kratze, Rothenburg

Dagmar Hinsching, Wallhausen

Ilse Oppermann, Aschersleben

Erika Schneider, Osterburg

Kurt Pflüger, Haldensleben

Annerose Hoffmann, Halle

Lothar K. Neudeck, Halle

Luise Koch, Halle

Karin Suck, Nienburg

Horst Flügel, Klein Wanzleben

Gabriele Langer, Magdeburg

Irene Schneider, Thale

Christel Haubold, Merseburg

70 Jahre

Ingrid Lange, Stendal

Hella Klemm, Osterweddingen

Veronika Friedrich, Wulfen

Marlis Klitsch, Scharlibbe

Ernst Bormann, Darlingerode

Regina Ofenhammer, Kemberg

Monika Falke, Köthen

Gunter Ranzinger, Haldensleben

Urdha Sparing, Freist

Willi Kannegiesser, Barby

Heinrich Bassüner, Staßfurt

Werner Reckziegel, Radis

Ingrid Hofmann, Sassnitz

Die GEW gratuliert im September

97 Jahre

Hans Barthel, Benzingerode

87 Jahre

Käthe Pudlat, Wansleben

Horst Hoffmann, Weißenfels

Dr. Herrmann Schorr, Halle

86 Jahre

Ottokar Ullrich, Halle

Werner Lorenz, Magdeburg

85 Jahre

Wolfgang Stock, Magdeburg

Horst Theek, Wolmirstedt

84 Jahre

Gerhard Gissendorf, Stendal

Erika Cramer, Niederndodeleben

83 Jahre

Reinhard Koch, Halle

Gustav Heinz, Binde

Manfred Nause, Aschersleben

Elfriede Ulrich, Wolmirstedt

Eva-Maria Woywode, Burg

82 Jahre

Susanne Rühlmann, Halle

Rudolf Heinrich, Weferlingen

Günter Sprengel,
Dessau-Roßlau

Jutta Krusche, Dessau-Roßlau

81 Jahre

Dr. Artur Schellbach,
Dessau-Roßlau

Gerda Wenzel, Wernigerode

Siegfried Kamuf, Halle

Johann Lubienski, Weißenfels

Ruth Gahse, Magdeburg

80 Jahre

Ewald Walter, Salzfurkapelle

Arthur Meister, Westerhausen

Magdalena Wesemann,
Langeln

Marianne Leppek, Mansfeld

Lothar Pankrath,
Sandersdorf-Brehna

79 Jahre

Dieter Britzke, Wendgräben

Ursula Ehrhardt, Berga

Anneliese Reichhardt, Salzwedel

78 Jahre

Ingrid Goessling, Derenburg

Waltraud Sauer, Stendal

Irmgard Augustin, Halle

Sieglinde Matthies,
Dessau-Roßlau

Hannelore Matthies, Halle

Leni Gerbig, Wörmlitz

Inge Fehst, Weißenfels

Ilse Koch, Berlin

Gisela Potrz, Halberstadt

77 Jahre

Dr. Günther Sönnichsen,
Beetzendorf

Brigitte Böttcher, Darlingerode

Inge-Lore Lobenstein,
Wedringen

76 Jahre

Dr. Sylla Dieter, Halle

Josef Erben, Waren

Hans-Joachim Herzberg,
Schönebeck

Dorothee Klaschka, Burg

Ursula Mai, Lindau

75 Jahre

Margitta Breddin, Stendal

Paul-Georg Szogs, Oschersleben

Irene Bivour, Veckenstedt

Helga Weise, Baasdorf

Günter Marquardt, Köthen

Johanna Lange, Möringen

Alfred Falk, Gommern

Waltraud Noack, Kakerbeck

74 Jahre

Dietmar Lorenz, Aken

Sieglinde Hackert, Ziegelroda

Ilse Becker, Halberstadt

Renate Engberg, Halle

Renate Schumacher, Naumburg

Gisela Kamann, Merseburg

Siegfried Jahn, Oebisfelde

Gisela Wenzel, Zerbst

Erika Nause, Aschersleben

Barbara Groebel, Halberstadt

Marlies Wetzels, Halle

73 Jahre

Gislinde Hopstock,
Oberröbblingen

Hella Ermisch, Hermerode

Bernd Meudtner, Magdeburg

Brigitte Risthaus, Halberstadt

Horst Ehrig, Wallwitz

Gertrud Knopf, Groß Rosenburg

Hans-Dieter Bölecke,
Dessau-Roßlau

Christa Breitenstein,
Magdeburg

Jutta Steingrüber,
Dessau-Roßlau

Christel Sommer, Halle

Berthilde Born, Halle

Anneliese Szameit, Hindenburg

Ursula Schinke, Halberstadt

72 Jahre

Rosemarie Senger, Haldensleben

Karin Däbritz, Dessau-Roßlau

Jutta Spengler, Memleben

Frank Herzog, Tangerhütte

Petra Ebeling, Magdeburg

Dr. Gernot Bleicher,
Wernigerode

Gisela Hauptmann, Halberstadt

Gerda Schurig, Wallendorf

Barbara Vinzelberg, Magdeburg

Doris Oestreich, Hohenwulsch

Erika Hommann, Wernigerode

Maritta Mundt, Naumburg

Helga Bollmann, Steutz

Evelin Werfel, Weißenfels

Margit Weikert, Staßfurt

71 Jahre

Vera Hennig, Stendal

Edelgard Schnelle, Magdeburg

Rüdiger Kratze, Rothenburg

Heide Hartung, Halle-Neustadt

Harald Blüml, Halle

Ingrid Seitz, Bemburg

Brigitte Schwenck, Burg

Gerlinde Günther, Halle

Hans Güth, Zerbst

Hanna Grünwald, Halberstadt

Gerhard Lewerenz, Ballenstedt

Gisela Boguth, Querfurt

Sieglinde Kamuf, Halle

Klaus Otto Ehme, Eckartsberga

Ruth Polep, Oebisfelde

70 Jahre

Hans-Herbert Giese,
Ritzgerode

Adelheid Malysa, Bornstedt

Marlis Boettge, Magdeburg

Karin Harnisch, Lützen

Elke Meudtner, Magdeburg

Dagmar Baumgarten
van Mark, Magdeburg

Abzug von Streikgeld:

Hinweise der GEW beachten!

Mit den Juli-Bezügen werden die Abzüge aufgrund von Streikmaßnahmen durch den Arbeitgeber einbehalten. Mitglieder der GEW, die aufgrund ihrer Teilnahme an den Streikmaßnahmen der GEW Gehaltsabzüge haben, erhalten von ihrer GEW Streikgeld.

Hinweise für den Umgang mit diesem Sachverhalt findet man auf der Homepage der GEW Sachsen-Anhalt.

GEW-Senioren Saalkreis:

Veranstaltungsplan 2. Halbjahr

- 17. September** Fahrt nach Bernburg – Stadtführung und Besuch des Museums mit Eulenspiegelturn (Treffpunkt: 8.45 Uhr, Hauptbahnhof Halle)
- 8. Oktober** Herbstfest in der Brennerei Niemberg (Beginn: 14 Uhr)
- 9. November** Busfahrt nach Lauscha und zu den Feengrotten (Anmeldung im September)
- 3. Dezember** Adventsfeier (Beginn: 14 Uhr, Ratskeller Landsberg)

Sommerakademie:

Spendenaktion für Flutopfer

Wie man das angenehme mit dem nützlichen verbinden kann, stellten die Teilnehmer der 20. Sommerakademie der GEW in Halberstadt unter Beweis. Christian Grams gab zur Sommerakademie ein Graffiti-Seminar. Dass es doch schade um die hübsche Sprüharbeit auf dem ausgedienten Bettlaken wäre, dachte sich Marlies Donak. Die Idee der Spendenaktion sei ihr spontan eingefallen. Insgesamt gaben die Teilnehmer 168,40 Euro. Um die Spendenbereitschaft der Pädagogen zu unterstützen, stellte Christian Grams zwei selbstgesprühte Bilder zur Verfügung. Diese wurden unter allen Spendern ausgelost.

Die Spendensumme und die Sprüharbeit überreichte sie dem Fischbecker Ortsbürgermeister. Vielleicht findet sich in einer Kindereinrichtung Platz für das abwechslungsreich gesprühte Laken, das ohne die Aktion irgendwo im Schrank gelandet wäre und den Flutopfern nicht doppelt Freude bereitet hätte.

Manuela Langner

Wir gedenken der Verstorbenen

Liane Gagelmann, Tangerhütte
 Margit Hiestermann, Magdeburg
 Ines Koerner, Halle
 Erika Schwarzlose, Parchau
 Gisela Sibinski, Ballenstedt
 Dieter Wenderoth, Heudeber
 Ingolf Wirkner, Teutschenthal

Impressum

Herausgeber: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Sachsen-Anhalt, Markgrafenstr. 6, 39114 Magdeburg, Tel.: 0391 7355430, Fax: 0391 7313405, E-Mail: info@gew-sa.de, www.gew-sa.de

Vorsitzender: Thomas Lippmann
Verantwortlich: Geschäftsführung der GEW Sachsen-Anhalt

Redaktion: Ulf Collasch, Rolf Hamm, Eberhard Heidecke, Prof. Dr. Hans-Dieter Klein (verantwortl.), Helgard Lange, Karin Legler, Alexander Pistorius, Thomas Westermann

Postanschrift der Redaktion: GEW Sachsen-Anhalt, Redaktion EuW, Markgrafenstr. 6, 39114 Magdeburg

Erziehung und Wissenschaft Sachsen-Anhalt (EuW) erscheint monatlich (Doppelausgabe in den Sommerferien). Für Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich 7,20 € zuzüglich 11,30 € Zustellgebühr (einschl. MwSt.).

Redaktionsschluss ist der 10. des Vormonats. Später eingehende Manuskripte können nur ausnahmsweise berücksichtigt werden. Grundsätzlich behält sich die Redaktion bei allen Beiträgen Kürzungen vor. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder wird keine Verantwortung übernommen. Die mit dem Namen oder den Initialen des Verfassers gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers oder der Redaktion dar.

Verlag mit Anzeigenabteilung: Stamm Verlag GmbH, Goldammerweg 16, 45134 Essen, Tel.: 0201 84300-0, Fax: 0201 472590, E-Mail: anzei_gen@stamm.de, www.erziehungundwissenschaft.de; verantwortlich für Anzeigen: Mathias Müller; gültige Preisliste Nr. 9 vom 1. Mai 2012; Anzeigenschluss ca. am 5. des Vormonats.

Gesamtherstellung: SW-Kommunikation, Eschenstr. 1A, 39218 Schönebeck, Tel.: 03928 847162, www.sw-kommunikation.net

Titel: © SW-Kommunikation:

Kinder- und Jugendliteratur-Tipp:

Wunder

Raquel J. Palacio; *Wunder* (Hörbuch, 4 CDs, gekürzt); Hamburg, Silberfisch 2013; ISBN: 978-3-86742-702-9; 19,99 Euro; Altersempfehlung: ab 10 Jahre

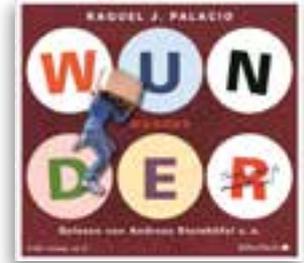
Eigentlich ist August ein ganz normales Kind. Er hat eine X-Box, mag Star Wars und Eiscreme. Doch wenn er auf einem Spielplatz auftaucht, laufen die anderen Kinder schreiend vor ihm davon. Augusts Gesicht ist entstellt – er hat eine seltene Krankheit.

Als August zehn Jahre alt ist, wagen er und seine Eltern den Weg in eine richtige Schule. Dort begegnen August Abscheu und Ablehnung, Befremden und Hilflosigkeit, aber auch Interesse und Freundschaft. Doch August schafft es – mit Hilfe seiner Eltern, seiner Schwester Olivia und anderen wunderbaren Menschen – einen langen Atem zu behalten, der ihn schließlich zu etwas ganz Besonderem auf der Schule macht; im positiven Sinne.

Raquel J. Palacios Geschichte ist eine Herausforderung. Es ist nicht einfach, so viel Leid auszuhalten, und doch auch so viel Glück zu erleben. Es ist eine Geschichte der Extreme, ein bisschen amerikanisch, aber trotzdem nicht überzogen, mit viel Tiefe und Raum für Nachdenklichkeiten. Faszinierend wirkt sie auch deshalb, weil Palacio die Geschichte aus der Perspektive unterschiedlicher Handelnder erzählt, die ihre Sicht der Dinge erklären und dabei Einblicke in ihre Motive und Gefühlswelten bieten. Die zeitlich überlappenden Erzählungen erklären so rückwirkend Ereignisse, bei denen man aus der Darstellung einer Person allzu oft die falschen Schlüsse gezogen hatte. Das Hören lehrt Vorsicht bei der Bewertung des Verhaltens anderer. Diese faszinierende Geschichte hat der Silberfisch-Verlag in eine besondere Hörbuch-Produktion verwandelt. Mit den Stimmen von Andreas Steinhöfel, Sascha Icks und Birte Schnöink u.a. erwachen die Protagonisten zum Leben. Die Geschichte gewinnt dadurch noch einmal zusätzlich an Intensität.

„Wunder“ ist eine besondere Geschichte von einem besonderen Jungen, einer besonderen Familie und besonderen Freundschaften. Sie ist eine Hommage an das Leben und ein Plädoyer für die Menschlichkeit. So soll sie auch gelesen bzw. gehört werden.

Michael Ritter



Anzeigen

terre des
 hommes
 Hilfe für Kinder in Not

**Kinder mit
 Bildung sind Kinder
 mit Zukunft!**

www.tdh.de

vinculum
 MUNDI

Ihre Reiseleiter
 in PARIS
 für Klassenfahrten
 und Gruppenreisen

Stadtrundfahrten
 Ausflugsprogramme
 Rundreisen
 erfahren
 agenturunabhängig
 preisgünstig

www.vinculum-mundi.com
 Tel.: 00 33 6 74 45 83 59

Klassenfahrten direkt vom Haus

Verbringen Sie bei uns spannende und schöne Klassenfahrten direkt am Schweriner See.

All inklusive Mo-Fr.

VP, Reiten, Discos, Nachtwanderung, Lagerfeuer, Brotbacken, Kistenklettern. Auf Wunsch Städtetouren inkl.

Rallye, Indoorspielplatz, Spaßbad, Hansa Park uvm.

ab 75,00 Euro/ Person

Ulis Kinderland e.V.

Alte Dorfstraße 7

23996 Gallentin

Tel. 038423-365

info@ulis-kinderland.de

www.ulis-kinderland.de

Klassenfahrten 2014 – die neuen CTS-Kataloge sind da!

Jetzt direkt anfordern unter
www.cts-reisen.de/kataloge

Herforder Straße 75 | 32657 Lemgo | Tel. 05261 2506-0



© WWW.SW-KOMMUNIKATION.NET



**Neues Konto? Neue Adresse?
 Neues Gehalt? Neue Arbeitsstelle?**

Bis zu 10 Euro berechnen Banken, wenn eine Lastschrift nicht eingelöst werden kann, weil der Inhaber umgezogen ist, sich seine Kontonummer/ Bankverbindung geändert hat ... Bitte helfen Sie Ihrer Gewerkschaft unnötige Kosten zu sparen und senden Sie bei Veränderungen sofort diesen Abschnitt an: GEW Sachsen-Anhalt, Markgrafenstr. 6, 39114 Magdeburg, Fax: 0391 7313405.

Änderungsmeldung:

Name, Vorname:

Kreisverband:

Mitglieds-Nr.: Geb.-Dat.:

Anschrift:

Telefon:

Bankverbindung:

Bankleitzahl:

Konto-Nummer:

Dienststelle/Einrichtung (Name, Straße, PLZ, Ort):

Tätigkeitsbereich:

Vergütung nach TVL (Entgeltgruppe Stufe seit)

Vergütung nach TVöD (Entgeltgruppe Stufe seit)

Vergütung nach SuE (S-Gruppe Stufe seit)

Beamte (Besoldungsgruppe Stufe seit)

Bruttoeinkommen:
 (bei Rentnern und Mitgliedern in privaten Einrichtungen
 Angabe des Bruttoeinkommens)

Altersteilzeit: (Beschäftigungsumfang/Anzahl der Stunden
 pro Woche vor Beginn der Altersteilzeit)

Arbeitszeit: (Beschäftigungsumfang/Anzahl der Stunden
 pro Woche)

Die Wege des Herrn und der Justiz sind unerforschlich

Kennen Sie den Unterschied zwischen Gustl Mollath und Jesus? Da gibt es keinen. Das geht schon beim Namen los. Mollath nennt man Gustl. Und Jesus heißt bei manchen in Bayern auch „Lattengustl“. Beide sind ja im Prinzip wegen der gleichen Delikte verurteilt worden. Sie sind Personen und ihren dubiosen Geldangelegenheiten zu sehr auf die Pelle gerückt. Jesus hat die Wucherer deswegen aus dem Tempel gejagt und Mollath hat deswegen seine damalige Frau angezeigt, weil die als Bankangestellte illegale Geschäfte betrieben hat. Das nennt man Kapitalverbrechen. Also, nicht das, was die Wucherer und die Ex-Frau von dem Mollath mit dem Kapital gemacht haben. Dass Jesus und Mollath sich dagegen gewehrt haben, das ist für das Kapital ein Verbrechen. Dafür wurde der eine ans Kreuz gekloppt und den anderen erklärte man für bekloppt. Durch ein fingiertes Gutachten saß Gustl Mollath sieben Jahre zwangsweise in der Psychiatrie. Aber jetzt sollen beide Prozesse neu aufgerollt werden. Bei Mollath kann man das ja noch nachvollziehen. Aber wie soll das bei Jesus funktionieren? Ein Anwalt aus Kenia hat beim internationalen Strafgerichtshof in Den Haag Anzeige erstattet, weil,

Arsch in der Toga gehabt, ihn einfach freizulassen, sondern eine dubiose Abstimmung veranlasst. Quasi eine frühe Form von Facebook. Und da haben die meisten gesagt: Kreuzigung – Gefällt mir. Und das, sagt der Anwalt, wäre auch noch die falsche Todesart gewesen. Kreuzigung galt nur nach römischem Recht. Der Prozess fand aber in Galiä statt. Da hätte Jesus eigentlich gesteinigt werden müssen. Gut, tot ist tot. Aber durch einen Verfahrensfehler. Da aber Pilatus und sein Dienstherr Kaiser Tiberius nicht mehr vor Gericht erscheinen können, klagt der Anwalt gegen den Rechtsnachfolger des Römischen Reiches: Italien. Italien aber wird sagen: „Das ist Sache der Kirche! Die baut doch ihr ganzes Imperium auf dieser Geschichte auf. Sie behauptet sogar, Gott habe den Tod Jesu gewollt, um die Menschheit zu erlösen.“ Handelt es sich also sogar um einen Auftragsmord? Die Mafia hat schon beteuert, sie sei unschuldig. Gott sei Zeuge. Wie will man aber nun Gott zur Zeugenaussage vor den Gerichtshof in Den Haag bekommen? Das geht schon bei der Vorladung los. Wo schickt man die hin? Himmel, Milchstraße Nr. 1, oder wie? Wahrscheinlich wird man sie an seinen Stellvertreter auf Erden adressieren. Aber der Papst wird die



so sagt der Anwalt, Prozess und Kreuzigung damals rechtswidrig verlaufen seien, in dem die Menschenrechte von Jesus verletzt wurden. Obwohl der Richter Pilatus gesagt hat: „Ich finde keine Schuld in diesem Menschen“, hat er als römischer Stadthalter nicht den

Annahme verweigern: „Nee, wir Katholiken haben es mehr mit der Jungfrau Maria. Wenden sie sich mal an den Rechtsnachfolger des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation. Da ist die Rechtsnachfolgerin eine protestantische Pfarrerstochter. Die steht mehr auf Jesus. Und dann müsste am Ende Angela Merkel in Den Haag auf die Anklagebank. Und spätestens hier drängt sich die Vermutung auf, wer diesen Anwalt in Kenia beauftragt hat: Peer Steinbrück! Denn Angela Merkel auf diese Art und Weise loszuwerden, wäre für ihn, nach Stand der Dinge, die einzige Möglichkeit, doch noch Bundeskanzler zu werden.“